



## Reformprozess an teilqualifizierenden Berufsfachschulen

### Schwerpunkt

## BFS tq: Die Reformarbeiten haben begonnen

### Politisches Lehrstück

Stadtstaat Hamburg: Berufsbildungsreform  
im politischen Interessenstreit

### Ausbildungsmarkt

Strukturprobleme belasten Berufliche Schulen

Qualitätssteigerung und  
Evaluation:  
Schulinspektion auch  
für Berufliche  
Schulen



Quellen: Hamburger Abendblatt vom 24.1.2006; Frankfurter Rundschau vom 19.1.2006; Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 26.1.2006; Die Welt vom 26.1.2006

**Herausgeber**

Referat Berufliche Schulen  
im Amt für Bildung  
der Behörde für  
Bildung und Sport  
Hamburger Straße 131,  
22083 Hamburg

© 4 28 63-20 90  
Fax: 4 28 63-40 33

E-mail:  
michael.schopf@bbs.hamburg.de

**Redaktion**

Michael Schopf, B 42-2 (verantwortlich)  
Anke Polenz, G 3  
Norbert Meincke, H 17  
Ilse Sand, H 7  
Dr. Manfred Schwarz, PA 12

**Gestaltung und Koordination**

Dr. Manfred Schwarz, PA 12

**Redaktionsassistentz**

Liane Eggert (V 254), Text u. Grafik

**Layout & Satz**

Gestaltungskontor, Hamburg

**Druck**

Simson Graphix, Hamburg

Die INFORMATIONEN FÜR HAMBURGER  
BERUFLICHE SCHULEN erscheinen nach  
Bedarf. Namentlich gekennzeichnete  
Beiträge werden nur vom Autor verantwortet.

16. Jahrgang, Heft 1/2006

## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Das Jahr 2005 hatte so seine Höhen und Tiefen:

- Das Berufsbildungsreformgesetz blieb weit hinter den Forderungen der Kultusministerkonferenz zurück. Und es sieht derzeit auch nicht so aus, dass die mit Substanz behafteten Punkte »Zulassung von BFS-Absolventen zu Kammerprüfungen« und »Anrechnung schulisch erworbener Kompetenzen auf die duale Ausbildung« in Hamburg große Umsetzungschancen haben.
- Der europäische Bildungsraum hätte zwar langsam aus dem Nebel heraustreten können, aber zumindest in Deutschland wurde gern wieder neuer Nebel erzeugt. Der EUROPASS gilt zwar, aber an seinen Kernelementen, zum Beispiel den Zeugniserläuterungen, wird immer noch gebastelt. Auch die deutsche Stellungnahme zum Europäischen Qualifikationsrahmen schürt eher Bedenken, als dass sich die notwendige Aufbruchstimmung einstellt.
- Die Föderalismusreform war zunächst gescheitert. Die Beschlüsse nach der Bundestagswahl glänzen ja nicht gerade durch Konkretheit. So bleibt für den Bereich der Berufsbildung, der schon wegen des Berufsbildungsgesetzes eine intensive Kooperation zwischen Bund und Ländern erfordert, vieles in ein wenig mildtätiges Dunkel gehüllt. Das Beiin Bildungsplanung der BLK (Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung) soll offenbar amputiert werden. Gerade hier waren aber die innovationsfördernden Modellversuche angesiedelt, deren weiteres Schicksal nun offen ist.
- Der Ausbildungspakt wird als Erfolgsmodell verkauft und soll deshalb verlängert werden. Für die Ausbildungsplatzsituation in Hamburg besteht allerdings zwischen veröffentlichter Meinung (»alles prima«) und der tatsächlichen Situation (»kein Anstieg der Ausbildungsplätze«) ein Unterschied, der wohl nur noch von Marketingfachleuten zu erklären ist.

Ein ungarischer Kollege wünschte mir ein mittelmäßiges neues Jahr 2006, zwar viel besser als 2005, aber ganz schrecklich im Vergleich zu 2007. Und das könnte auch klappen!

Die Reform des beruflichen Schulwesens in Hamburg ist von der Konzeption her weitgehend fertig und kann jetzt realisiert werden. Das gilt sowohl für die Gestaltung der Bildungsgänge wie für die rechtliche Konstruktion der beruflichen Schulen. Die Schulinspektion kann starten. Qualitätssicherung kann im Bewusstsein der pädagogischen Szene verankert werden. Erste Ziel-Leistungsvereinbarungen können die Umkehrung der Regelkreise im Steuerungssystem Beruflicher Schulen einleiten. Vielleicht gelingt es ja doch, die immerhin durch das neue Berufsbildungsgesetz gegebenen Möglichkeiten in Hamburg zu nutzen. Im europäischen Bildungsraum könnten der Qualifikationsrahmen und das Kreditpunktesystem für berufliche Bildung eingeführt werden. Und die Verwaltung könnte ihre Dienstleistungsfunktion leben, die Lehrer das Lehrerarbeitszeitmodell und die Senatorin ihre Mitarbeiter »lieben« – aber da sind wir womöglich schon wieder bei den Weihnachtswünschen des Jahres 2006 angelangt.

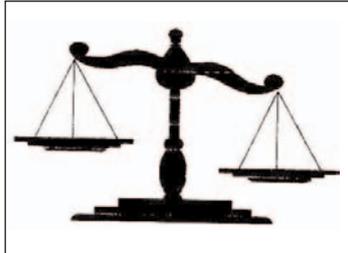
Vielleicht sollten wir uns auch nur vornehmen, das Jahr 2006 optimistisch anzugehen. Die Schüler wertschätzen, die Mitarbeiter fair behandeln, für Überzeugungen mit Zivilcourage eintreten, sich über Erfolge freuen und über Niederlagen nicht grämen, nicht jammern, sondern anpacken – und dann auf das Jahr 2007 hoffen!



**Berufsbildungsreform -  
Lehrstück aus der Stadtstaat-Politik:** 6

**Interessenstreit  
zwischen Senat,  
Bürgerschaft,  
Verfassungsgericht  
und Verbänden**

Der Streit um die Reform der Hamburger Beruflichen Schulen (ProReBeS) währt schon lange. Analysiert man die Auseinandersetzungen, so wird exemplarisch deutlich, wie Politik im Stadtstaat (nicht) funktioniert. Die Kontroversen machen auch deutlich, um welche inhaltlichen Probleme es bei ProReBeS geht. Das Hamburger Verfassungsgericht hat nun entschieden. Die Mitglieder der Projektgruppe »Reform der Beruflichen Schulen« haben wichtige Arbeitsergebnisse vorgelegt.



**Strukturprobleme:  
Ausbildungsmarkt in  
Hamburg** 8

Die Lage auf dem Hamburger Ausbildungsmarkt hat sich im Jahre 2005 nicht entspannt. Insgesamt gibt es einige Strukturprobleme, die zum Beispiel dazu führen, dass zahlreiche Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz erhalten haben, Schüler in vollzeitschulischen Ausbildungsgängen an Beruflichen Schulen werden.



**Schulinspektion an Beruflichen Schulen:  
Steigerung der Qualität  
von schulischer Arbeit** 6  
**10**

Im Regierungsprogramm des Senats ist zu lesen: „Durch die Einrichtung einer Schulinspektion und die Durchführung externer Evaluationen werden wir die Qualität der schulischen Arbeit sichern.“ Das hat Auswirkungen auch auf die Beruflichen Schulen. Reform-Projektgruppen haben ihre Arbeit aufgenommen.



## Nachrichten regional

**Veränderung der Beruflichen Schulen**

Lehrstück: Langer Reformprozess im landesweiten Interessenstreit 6

**Ausbildungsmarkt**

Strukturprobleme in Hamburg 8

**Qualitätssteigerung**

Schulinspektion an Beruflichen Schulen 10

**G 9**

Workshop mit 130 Lehrkräften: Schulqualität entwickeln 11

**Verbund-Modellversuch**

LunA : Lernen und nachhaltige berufliche Ausbildung 12

**Selbstgesteuertes Lernen**

Berufliche Kompetenz von künftigen Altenpflegekräften 13

**Fremdsprachen**

Europäisches Sprachensiegel 14

**Fachenglisch**

Bilinguale Angebote: Arbeitssprache Englisch 15

**Luftfahrtstandort Hamburg**

Lehrkräfte und Berufsberater: Berufsorientierungstournee 15

**Neue Berufsorientierung**

Transferagenturen im Verbund 16

**H 7**

Frischer Wind aus EU-Partnerschulen 17

**Personalien**

Vorläufige Einsetzungen 17

## Nachrichten überregional

- BBIG: Der große Wurf?**  
Zur Reform des Berufsbildungsgesetzes 18
- KIBB**  
Schneller Weg zu  
Ergebnissen der Berufsbildungsforschung 19

## Schwerpunkt

- ProReBeS: Teilprojekt 3**  
Reform der  
teilqualifizierenden Berufsfachschulen 20
- Berufsfachschulen: Weiterentwicklung**  
Vorschläge: Länderübergreifende Lösungen 21
- Unterschiedliche Erfahrungen**  
Berufsfachschule Plus:  
Reform an fünf Schulen 23
- G 3**  
Wettbewerb »Hamburger Smutjes« 24
- W 4**  
BFS Gesundheit:  
Kompetenzorientiertes Coaching 25

## Rubriken

- Editorial**  
Zu den Inhalten dieses Heftes 3
- Mit spitzer Feder**  
Karikaturisten karikieren 4
- Charts**  
Ausgerissen:  
Zahlen beschreiben die Gegenwart 27
- Zitat** 28

## Schwerpunkt

### Reform der teilqualifizierenden Berufsfachschulen (BFS tq) 20

Ein wichtiger Bereich von ProReBeS sind die BFS tq: Die zuständige Projektgruppe veröffentlicht hier erste Arbeitsergebnisse.



### Berufsfachschule plus: Fünf Berufsschulen reformieren 23

Die Handelsschulen 3 und 15, die Gewerbeschulen 3 und 14 sowie die Gewerbe- und Hauswirtschaftsschule W 2 beteiligen sich an den Reformarbeiten. Es geht darum, besondere Ausbildungsprogramme solchen ehemaligen Hauptschülern anzubieten, die sich einen besonderen Notendurchschnitt erarbeitet haben.



### Länderübergreifend: Berufsfachschulen weiterentwickeln 21

Um strukturelle Schwächen der Berufsfachschulen in den Bundesländern nachhaltig reduzieren zu können, sind länderübergreifende Reformen notwendig. Diese Meinung begründet der ehemalige Leiter der Beruflichen Schulen in der Hansestadt Hamburg, Carl-Heinz Doose.

Bundesinstitut für Berufsbildung **BiBB**

**Lehrstück: Umstrittene Reform der Beruflichen Schulen**

# Wie Politik im Stadtstaat Hamburg funktioniert

**Volksinitiative im Clinch mit Wirtschaft, Senat, Bürgerschaft und Verfassungsgericht**

2003, im Juli, hatte der UV Nord – die Unternehmensverbände Hamburg / Schleswig-Holstein – freudig das vom damaligen Bildungsminister Rudolf Lange (FDP) initiierte Projekt »Reform der Beruflichen Schulen in Hamburg« als »Erfolgsmodell« begrüßt. Ging es doch aus der Sicht der Wirtschaft darum, das staatliche System der Beruflichen Schulen in der Hansestadt möglichst schnell in eine »Stiftung öffentlichen Rechts« zu überführen. Einige Verbandsvertreter aus dem »Haus der Wirtschaft« (City Nord) versprachen sich viel – von künftigen großen, branchenorientierten »Berufsschulzentren«. Dieser Kurs wurde insbesondere von der Handelskammer vorangetrieben. Die Handwerkskammer dagegen stand großen Schulzentren eher kritisch gegenüber. O-Ton damals in einer Presseerklärung der Unternehmensverbände Nord (18. Juli 2003): »Mit der Übertragung der Berufsschulen in eine Stiftung öffentlichen Rechts hat die Wirtschaft mehr Mitsprache bei vielen schulischen Belangen und kann dafür Sorge tragen, dass Entscheidungsprozesse kürzer und effizienter ablaufen.«

Die Gegner des Projektes sahen das ganz anders. Vor allem die GEW, die GAL, die SPD und punktuell auch schulpolitische Experten aus den Reihen der CDU liefen Sturm gegen die angeblich drohende »Privatisierung« der Beruflichen Schulen. Um was ging es konkret bei den Kontroversen?

Im Mai 2002 veröffentlichte der Hamburger Senat (CDU / FDP / Schill-Partei) die wichtigsten Ergebnisse einer Senatsklausurtagung, die im niedersächsischen Jesteburg, im Tagungsgebäude des Deutschen Rings, stattgefunden hatte. Die »Jesteburger Beschlüsse« sahen vor, die Beruflichen Schulen – in Kooperation mit der Handels- und der Handwerkskammer – in eine »private Trägerschaft« zu überführen. Zügig erarbeitete die Exekutive, in

diesem Fall die Behörde für Bildung und Sport (BBS), entsprechende Organisationskonzepte. Die Federführung hatte der damalige Amtsleiter Achim Meyer auf der Heyde. Danach war zunächst die Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts – als »Schulträgerin« – vorgesehen. Schon im Frühjahr 2003 wurden entsprechende Planungen einer interessierten Öffentlichkeit bekannt gemacht. Insbesondere auf Initiative der Wirtschaft sollte es jetzt aber eine »Stiftung« als Trägerin geben.

## **Nach Jesteburg: Widerstand organisiert sich als Volksinitiative**

Doch breiter Widerstand organisierte sich flächendeckend, vor allem durch die GEW. Eine Volksinitiative konstituierte sich am 21. Mai 2003 – mit dem beziehungsreichen Slogan »Bildung ist keine Ware«. Die Initiatoren – zum Beispiel Holger Gisch, Sigrid Strauß und Olaf Schwede, rechtlich alsbald beraten vom Oldenburger Professor Dieter Sterzel – forderten die Bürger in der Hansestadt auf, einen Text zu unterschreiben, der im Kern Folgendes aussagte: »Ich bin dafür, dass Hamburgs Staatliche Berufliche Schulen wie bisher unter unmittelbarer und uneingeschränkter staatlicher Leitung und Verantwortung der Freien und Hansestadt Hamburg bleiben. Daher fordere ich die Bürgerschaft und den Senat auf, von der Übertragung der staatlichen Berufsschulen in Hamburg auf eine Stiftung oder einen anderen Träger abzusehen.«

Die BBS ließ sich davon nicht beirren. Im August 2003 lagen Referentenentwürfe für ein Gesetz zur Errichtung einer Stiftung Berufliche Schulen in Hamburg und eine Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes vor. Die nach dem geltenden Schulgesetz anzuhörenden Kammern wurden um Stellungnahmen bis Ende 2003 gebeten.

Aber auch die Volksinitiative war emsig tätig. Die notwendige Zahl der Unterschriften kam bald zusammen, um ein

Volksbegehren über die »Privatisierung« durchführen zu können. Das Ergebnis wurde der damaligen Präsidentin der Bürgerschaft, Dorothee Stapelfeldt (SPD), am 1. Dezember 2003 offiziell mitgeteilt.

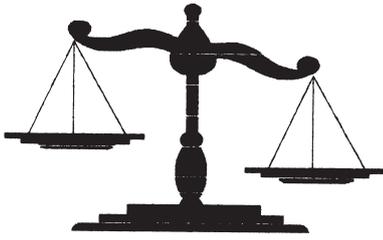
## **Politische Turbulenzen führen zu Neuwahlen**

Dann gab es erhebliche Auseinandersetzungen in der Koalitionsregierung – vor allem zwischen der CDU und der Schill-Partei. Kurze Zeit später wurden Neuwahlen durchgeführt. Die CDU und ihr Spitzenkandidat Ole von Beust gewannen die Wahl mit absoluter Mehrheit. Die Christdemokraten bildeten jetzt allein die Landesregierung. Die beschriebenen Gesetzesentwürfe zur Reform der Beruflichen Schulen standen nunmehr nicht mehr allzu sehr im öffentlichen Scheinwerferlicht. Das lag auch daran, dass es in dieser Zeit noch weitere, heftig umstrittene Volksinitiativen bzw. Volksentscheide gab – zum Verkauf des Landesbetriebs Krankenhäuser (LBK), zur geplanten Privatisierung der Wasserversorgung in Hamburg und zur Reform des Wahlrechts (Einführung von Wahlkreisen sowie des Kumulierens und Panaschierens von Wählerstimmen).

## **Zwei Volksbegehren und zwei Entscheidungen der Bürgerschaft**

Die Volksinitiatoren in Sachen Reformen der Beruflichen Schulen ließen nicht locker. Am 12. April 2004 beantragten sie beim Senat die Durchführung eines Parallel-Volksbegehrens. Ziel: Über angestrebte Volksentscheide die »Privatisierungen« der Beruflichen Schulen und der Wasserwerke zu verhindern. Beide Volksbegehren wurden erfolgreich durchgeführt, vom 23. August bis zum 6. September 2004. Am 12. Oktober stellte der Senat in einer Mitteilung an die Bürgerschaft das Zustandekommen der Volksbegehren auch offiziell fest. Volksentscheide hätten nun erfolgen können.

Aber Senat und Bürgerschaft reagierten.



Am 24. November 2004 beschloss die Bürgerschaft einstimmig, dass die Wasserversorgung vollständig in öffentlicher Hand bleiben soll. Eine Privatisierung war damit vom Tisch.

Anders verfahren politische Akteure hinsichtlich der Berufsschulreform. Auf Betreiben der CDU-Regierungsfraktion beschloss das Landesparlament am 24. November mehrheitlich eine Reform des Berufsschulwesens (Bü-Drucksache 18/1282). Die wesentlichen Aussagen lauteten:

»1. Hamburgs staatliche Berufliche Schulen werden nicht auf eine Stiftung oder einen anderen Träger übertragen. Eine Privatisierung ist nicht vorgesehen.

2. Die Bürgerschaft stellt gemäß § 18 Abs. 1 Satz 2 des Hamburgischen Gesetzes über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid fest, dass der Beschluss zu 1. dem Anliegen des Volksbegehrens ‚Bildung ist keine Ware‘ entspricht.

3. Der Senat wird ersucht, gemäß der Eckpunkte in der Anlage ein Konzept zur Reform der Beruflichen Schulen zu erarbeiten.«

Nach diesem Beschluss soll die Umsetzung der Reform flächendeckend zum Schuljahr 2006/2007 erfolgen. Die in Ziffer 3 erwähnte Anlage in der Bürgerschaftsdrucksache beinhaltet auf fünf Seiten »Eckpunkte« zu einer Reform der Beruflichen Schulen (vgl. *Informationen für Hamburger Berufliche Schulen (ihbs)*, 1/2005, S. 6 ff. und *ihbs* 2/2005, S. 16 ff.). Die »Eckpunkte« unterscheiden unterschiedliche Konzepte für die dualen Ausbildungsgänge und Berufsvorbereitungsklassen einerseits (»Abteilung I«) und die vollzeitschulischen Fachschulen, Berufsfachschulen, Fachoberschulen, Wirtschaftsgymnasien sowie Technische Gymnasien andererseits (»Abteilung II«).

Punkt 10 des Papiers schreibt vor: »Vorgehen ist in der zukünftigen Abteilung I eine gleichberechtigte Teilhabe von Staat und Wirtschaft (...) unter Beachtung des Grundsatzes der staatlichen Gesamtverantwortung.« In der Abteilung II »soll die Verantwortung allein durch den Staat wahrgenommen werden«.

Als »übergeordnete Steuerungsebene« ist die Gründung eines »Landesinstituts für Berufsbildung« vorgesehen. Dessen oberstes Leitungsgremium, das Kuratorium, soll möglichst die grundlegenden Entscheidungen nach dem Konsensprinzip anstreben. Im »Dissensfall« obliegt die »Letztentscheidung« dem Präses der Behörde für Bildung und Sport. Die zwölf Sitze im Kuratorium sollen mit sechs Vertretern verschiedener (staatlicher) Behörden sowie sechs Repräsentanten von (privaten) Unternehmensverbänden und Innungen besetzt werden. Außerdem sind »beratend« zwei Repräsentanten von Gewerkschaften vorgesehen.

### Volksinitiative geht ans Verfassungsgericht

Der Beschluss des Landesparlaments überzeugte die Volksinitiative in keiner Weise. Sie klagte beim Hamburger Verfassungsgericht. Die Entscheidung der Bürgerschaft verstoße gegen Art. 50 Abs. 3 der Landesverfassung. Der Volksentscheid sei durchzuführen – und die Bürgerschaft müsse, soweit sie andere Vorstellungen habe, dem Volksentscheid ihre abweichende Vorlage zur Abstimmung vorlegen. Die Volksinitiatoren wendeten sich gegen jede wesentliche Einflussnahme der Wirtschaft, beispielsweise gegen die Entsendung von Vertretern in das Schulverwaltungssystem. Die staatliche Schulaufsicht solle in der überkommenen Form – wie für alle übrigen Schulen – unverändert bestehen bleiben. Der Beschluss des Landesparlaments sei aufzuheben, ein Volksentscheid müsse stattfinden.

Die drei Richterinnen und sechs Richter am Landesverfassungsgericht verkündeten ihr Urteil am 30.11.2005 (HverfG 16/04). Der Vorsitzende, Wilhelm Rapp, führte aus (S. 11): »Der Hauptantrag der Antragstellerin, den Beschluss der Antragsegegnerin vom 24. November 2004 aufzuheben, ist unzulässig.« Der Bürgerschaftsbeschluss habe »dem Anliegen des

Volksbegehrens entsprochen« (S. 19). Im Übrigen sehe die Hamburger Verfassung »keine abstrakte Normenkontrolle vor« (S. 12). Der geforderte Volksentscheid dürfe nicht stattfinden.

### Wie geht es weiter?

Die Volksinitiatoren zeigten sich empört. »Volkswille« sei »im Namen des Volkes abgeschmettert« worden – so hieß es in der Mitgliederzeitschrift der Hamburger GEW, der *hlz* (12/2005, S. 4). Von »Posse« war die Rede (ebd., S. 23). Allerdings hoffen die Initiatoren auf ein nachlassendes Engagement der Wirtschaft. Denn auf die Wirtschaftsvertreter käme im neu zu gründenden Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB) und in den zahlreichen schulischen Gremien viel zeitraubende Gremienarbeit zu. Auch juristisch geben die Volksinitiatoren die Hoffnung nicht auf. Nach der entsprechenden Novellierung des Schulgesetzes »bleibe zu klären, ob die vorgeschlagene Konstruktion verfassungskonform sein wird«. »Der letzte Satz« sei »noch nicht gesprochen« (ebd., S. 24).

Insgesamt habe man inhaltlich immerhin allerhand erreicht. Das angeblich von Senator Rudolf Lange angestrebte »Mittelstandsinstitut der Handelskammer« sei verhindert worden. Der neue »Landesbetrieb« der BBS sei auch alles andere als eine private »Stiftung Berufliche Schulen« (ebd.).

Die Arbeiten im Rahmen des Projekts »Reform der Beruflichen Schulen« (Pro-ReBeS) liefen – in elf Teilprojektgruppen – bald auf Hochtouren (vgl. *Hamburg macht Schule*, 4/2005, S. 34). Die erste Arbeitsphase ist inzwischen abgeschlossen. Jetzt arbeitet eine Reformgruppe daran, Strategien zur konkreten Umsetzung zu erarbeiten. Aus der Sicht der Regierungspartei und der BBS ist als »Hauptziel« der Reform »eine Qualitätsverbesserung der beruflichen Bildung« anzusehen, »die auf einer echten Partnerschaft zwischen der Wirtschaft mit ihren Ausbildungsbetrieben und dem Staat mit seinen Beruflichen Schulen beruht« (S. 1 der »Eckpunkte«). So erklärte der schulpolitische Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion, Robert Heinemann: Er sei sicher, dass sich alle Beteiligten »konstruktiv« am weiteren Reformprozess »beteiligen werden«. Heine-

mann weiter: »Wir wollen eine größere Praxisnähe und eine deutliche Erhöhung der Arbeitsmarktchancen für Absolventen aller beruflichen Bildungsgänge in Hamburg erreichen und mehr Betriebe für die Ausbildung gewinnen.«

Die Leiter der Reformarbeiten, Thomas Schröder-Kamprad und Jochem Kästner (BBS), bemühen sich um Transparenz: Sie haben inzwischen sechs Info-Briefe an die Lehrkräfte in den Schulen geschrieben – der letzte bezieht sich auf das »Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB)«. Vier Berufliche Schulen erproben mittlerweile das Reformvorhaben, die G 11 (Gastronomie und Ernährung), die G 16 (Kommunikationstechnik), die H 18 (Reiseverkehrs- und Schifffahrtskaufleute) und die W 4 (Gesundheit).

Weitere Informationen sind zum Beispiel erhältlich unter [prorebes@hh-edu.net](mailto:prorebes@hh-edu.net)



edu.net und unter [www.hamburger-bildungsserver.de](http://www.hamburger-bildungsserver.de) (Klick: ProReBeS-Buchstaben; Link: »Berichtsdrucksache Mitte 2005«); vgl. dazu: Informationen für

Hamburger Berufliche Schulen (ihbs), 1/2005, S. 6 ff. sowie 2/2005, S. 17 ff. und S. 21 ff. sowie Hamburg macht Schule (HmS), 4/2005, S. 34.

MANFRED SCHWARZ

## Aktuelles Resümee

# Probleme: Hamburger Ausbildungsmarkt

Dieser Beitrag knüpft an den im Heft 1/2004 IHBS veröffentlichten Artikel »Strukturprobleme auf dem Hamburger Ausbildungsmarkt« an. Im Mittelpunkt des damaligen Beitrags stand die in Hamburg zu verzeichnende »Qualifikationslücke«, die sich zum einen aus dem seit 1988 sinkenden Qualifikationsniveau der Absolventen der Hamburger allgemeinbildenden Schulen und zum anderen aus den steigenden Anforderungen der Wirtschaft an das Qualifikationsniveau ihrer Auszubildenden ergibt. Die Ausbildungsbetriebe schließen diese Lücke mit Bewerberinnen und Bewerbern aus dem Hamburger Umland, anderen Bundesländern oder mit Bewerbern, die ihre Chance auf einen Ausbildungsplatz durch den Besuch einer Berufsfachschule verbessert haben. Die Hamburger Ausbildungsbewerber, die keinen Ausbildungsplatz in Betrieben, Praxen oder Verwaltungen erhalten, streben zu einem beträchtlichen Anteil in berufliche Vollzeitschulen, um eine vollqualifizierende Berufsausbil-

dung zu erlangen (zum Beispiel als Technischer Zeichner bzw. Technische Zeichnerin), oder in teilqualifizierende Berufsfachschulen, um einen höherwertigeren Schulabschluss zu erreichen.

Im Folgenden wird ein Resümee zur Lage auf dem Hamburger Ausbildungsmarkt im Vermittlungsjahr 2004/05 gezogen.

### 1. Lage auf dem Hamburger Ausbildungsmarkt zum 31. Oktober 2005

Die folgenden vier Indikatoren zur Beurteilung der Lage auf dem Hamburger Ausbildungsmarkt zum Ende des Vermittlungsjahres 2004/005 am 30. September 2005 deuten auf eine im Vergleich zum Vorjahr weiter angespannte Lage:

#### ■ Absolventen der Hamburger allgemeinbildenden Schulen

Im Jahre 2005 haben 397 (= - 2,5 Prozent) weniger Schülerinnen und Schüler die Hamburger allgemeinbildenden Schulen

verlassen als im Vorjahr. Das bedeutet zunächst eine geringere Nachfrage nach Ausbildungsplätzen.

#### ■ Neue eingetragene Ausbildungsverträge

Zum Stand 31. Oktober 2005 hat die Handelskammer Hamburg 210 Ausbildungsverträge (= 2,6 Prozent) mehr, die Handwerkskammer Hamburg 194 Ausbildungsverträge (= - 7,4 Prozent) weniger eingetragen als im Vorjahr. Beide Kammern zusammen haben mithin 16 Ausbildungsverträge (= 0,2 Prozent) mehr eingetragen. (Die Ergebnisse für alle Kammern stellt das Bundesinstitut für Berufsbildung zusammen; sie werden voraussichtlich Mitte Dezember 2005 vorliegen).

Nach der diesjährigen Berufsschulstatistik haben im Vergleich zum Vorjahr 250 Auszubildende weniger (= - 2,0 Prozent) in Hamburg eine Berufsausbildung im dualen System begonnen (siehe Tabelle Seite 9 oben):

Schuljahr	o. Hauptschulabschluss		Hauptschulabschluss		Realschulabschluss		Fachhochschulreife		Hochschulreife		sonstige Abschlüsse		zusammen
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	
1997/98	366	3,0%	3.009	25,0%	4.887	40,6%	548	4,5%	3.234	26,9%			12.044
1998/99	318	2,6%	2.774	22,8%	4.866	40,1%	728	6,0%	3.462	28,5%			12.148
1999/00	295	2,3%	2.902	23,0%	5.111	40,5%	795	6,3%	3.502	27,8%			12.605
2000/01	342	2,7%	3.018	23,5%	5.148	40,1%	850	6,6%	3.474	27,1%	1	0,0%	12.833
2001/02	352	2,7%	2.952	23,0%	5.478	42,6%	989	7,7%	3.075	23,9%	1	0,0%	12.847
2002/03	368	3,1%	2.807	23,3%	5.054	42,0%	1.008	8,4%	2.731	22,7%	77	0,6%	12.045
2003/04	328	2,8%	2.657	23,0%	4.747	41,2%	976	8,5%	2.740	23,8%	82	0,7%	11.530
2004/05	418	3,4%	2.726	22,1%	4.938	40,1%	980	8,0%	3.151	25,6%	113	0,9%	12.326
2005/06	304	2,5%	2.440	20,2%	5.035	41,7%	952	7,9%	3.223	26,7%	122	1,0%	12.076
Differenz zu 2004/05	-114	-27,3%	-286	-10,5%	97	2,0%	-28	-2,9%	72	2,3%	9	8,0%	-250 -2,0%

Wie die vorstehende Übersicht ausweist, trifft der Rückgang vor allem Auszubildende mit oder ohne Hauptschulabschluss.

**Zugänge an die beruflichen Vollzeitschulen**

Die Zugänge zu den beruflichen Vollzeitschulen haben insgesamt um 1,4 Prozent zugenommen. Während die teilqualifizierenden Berufsfachschulen erstmals seit drei Jahren eine Abnahme um 3,7 Prozent verzeichnen, haben die Zugänge in der Berufsvorbereitung erheblich, nämlich um 10,9 Prozent, zugelegt, während die Zugänge in den vollqualifizierenden Berufsfachschulen nur leicht gestiegen sind.

**Geschäftsstatistik der Berufsberatung der Arbeitsagentur Hamburg**

Die Geschäftsstatistik der Berufsberatung der Arbeitsverwaltung spielt für die Beurteilung der Lage auf dem Ausbildungsmarkt die wichtigste Rolle, obwohl sie tatsächlich im Vergleich zu den drei oben genannten Indikatoren die geringste Aussagekraft hat:

So meldet diese Statistik für Hamburg einen Rückgang der gemeldeten Berufsausbildungsstellen von 547 (= - 5,8 Prozent), obwohl die neu eingetragenen Ausbildungsverträge keinesfalls so stark zurückgegangen sind.

Auch die Zahl der Ausbildungssuchen-

den ist nach dieser Statistik stark rückläufig; sie weist einen Rückgang von 1.365 Bewerberinnen und Bewerbern (= - 13,5 Prozent) aus, obwohl die Zahl der Schulabsolventen der allgemeinbildenden Schulen wesentlich weniger gesunken ist.

Als entscheidender Indikator dieser Geschäftsstatistik wird der Saldo der zum 30. September eines Jahres aus nicht vermittelten Bewerberinnen und Bewerbern und noch unbesetzten Ausbildungsstellen zur Beurteilung der Lage auf dem Ausbildungsmarkt herangezogen; dieser Saldo liegt mit 599 (697 unvermittelten Bewerbern stehen 98 unbesetzte Ausbildungsplätze gegenüber) etwas unter dem Saldo des vergangenen Jahres in Höhe von 673 (damals standen 811 unvermittelte Bewerberinnen und Bewerber 138 unbesetzten Ausbildungsstellen gegenüber). Dieser Saldo bestimmt maßgeblich die Höhe der sogenannten Angebots-Nachfrage-Relation, die im Bericht der Bundesregierung zur Ausbildungssituation eine zentrale Rolle spielt.

In diesem Jahr ist die Geschäftsstatistik der Berufsberatung besonders wenig aussagekräftig, weil offenkundig ein erheblicher Teil junger arbeitsfähiger Sozialhilfeempfänger nicht mehr von der Berufsberatung der Arbeitsagentur Hamburg, sondern von der ARGE betreut wird. Dies zeigt sich im erheblichen Anstieg der Zahl jugendlicher Arbeitsloser:

Zum Stichtag 31.10.05 ist die Zahl der unter 25jährigen Arbeitslosen um 3.012 (= 42,0 Prozent), die der unter 20jährigen Arbeitslosen um 1.403 (= 146,1 Prozent) gestiegen.

**2. Geschlechterspezifische Unterschiede**

Das im Beitrag des Heftes 1/2004 dargestellte sinkende Qualifikationsniveau der Absolventen der Hamburger allgemeinbildenden Schulen betrifft vor allem die Jungen. Der Abwärtstrend der Jungen ist wesentlich stärker ausgeprägt als der der Mädchen. Zum Beispiel ist der Anteil der Mädchen an den Abiturienten in den vergangenen Jahren gewachsen.

Die unterschiedliche Verteilung der Schulabschlüsse auf Jungen und Mädchen hat Auswirkungen auf die einzelnen Ausbildungsberufe des dualen Systems. Anders ausgedrückt: Die jungen Frauen dominieren schon seit mehreren Jahren die meisten attraktiven kaufmännischen Ausbildungsberufe, wie Bank- oder Versicherungskaufleute, während der Anteil junger Männer vor allem in den Ausbildungsberufen des Metall- und Elektrobereichs besonders hoch liegt.

Die im Durchschnitt bessere schulische Vorbildung der Mädchen schlägt sich auch in besseren Ergebnissen der Berufsabschlussprüfungen nieder.

DIETER RUMPF, B 41-2

Qualitätssteigerung

# Schulinspektion auch für Berufliche Schulen

Im Regierungsprogramm des Senats 2004-2008 findet man folgende Aussage: »Durch die Einrichtung einer Schulinspektion und die Durchführung externer Evaluationen werden wir die Qualität der schulischen Arbeit sichern«.

Was hat sich in Sachen Schulinspektion im letzten Jahr getan und was bedeutet das für die Beruflichen Schulen? Welche Bezüge gibt es zur Einführung eines Qualitätsmanagements im Projekt Reform Berufliche Schulen?

Ziel der Inspektion ist die Verbesserung der Qualität der Schulen durch systematische Aufbereitung der für das Lehren und Lernen wesentlichen Prozesse und Ergebnisse, damit ein Feedback an die Einzelschule erfolgen kann. Ferner soll die Sicherung von Mindeststandards »guter Schule« und die Verbesserung der Steuerungsqualität durch die Bereitstellung von Erkenntnissen, die extern anhand vergleichbarer Verfahren gewonnen werden, erreicht werden. Nicht zuletzt sollen die qualitätsbezogenen Informationen für die Schulpartner und die Öffentlichkeit verbessert werden.

Mit Verfügung vom 3. Dezember 2004 hat der Staatsrat der BBS zur Umsetzungsplanung ein Projekt »Schulinspektion« eingesetzt.

Ziel der Implementierung ist es gemäß der Einsetzungsverfügung, insbesondere Aufschluss über die Wirksamkeit von Inspektionsverfahren zu gewinnen, indem Aspekte der Qualität einzelner Schulen im Rahmen eines übergreifenden Modells von Qualitätsmerkmalen und Qualitätsindikatoren ermittelt werden, angemessene Verfahren der Erhebung, Aufbereitung und Rückkopplung schulbezogener Qualitätsdaten entwickelt und erprobt werden (Zusammenführung, Analyse und Bewertung von Ergebnissen des schulinternen Qualitätsmanagements, von Unterrichtsbeobachtungen, Schulstatistiken, Prüfungs- und Testergebnissen, Dokumentenanalysen usw.). Ziel dieses BBS-Projektes ist es ferner, Erkenntnisse zur Struktur und zur institutionellen Anbindung einer



Schulinspektion in Hamburg zu gewinnen und die Schnittstellen zwischen Schulinspektionsaufgaben einerseits und den Aufgaben der BBS (Schulaufsicht und Schulberatung, Schulgestaltung, Amt V) und des LI andererseits zu klären.

Die Projektgruppe der BBS hat folgende Empfehlungen erarbeitet:

Die Inspektion soll danach einen möglichst unabhängigen, d. h. aus der Linie der Ämter herausgenommenen Status erhalten. Vorläufig soll die Schulinspektion als eine Dienststelle der BBS eingerichtet werden, mit dem Ziel einer künftigen rechtlichen Verselbständigung.

Es ist geplant, einen Orientierungsrahmen »Schulqualität« im Jahre 2006 zur Beratung in die Schulen zu geben. Der Orientierungsrahmen wird anhand ausgewiesener Qualitätsbereiche, Qualitätsmerkmale und Qualitätsindikatoren eine zielgerichtete und systematische Entwicklungsarbeit der Schulen unterstützen und auch konzeptioneller Bezugsrahmen für Inspektionen sein.

Die folgende Abbildung soll die Struktur verdeutlichen (die Grafik für den Orientierungsrahmen wird zur Zeit profes-

sionell erstellt, dieses ist also nur eine vorläufige Darstellung).

Parallel zu der Arbeit der Projektgruppe »Schulinspektion« der BBS wurden die Rahmenbedingungen für den Prozess der Qualitätsentwicklung von der Teilprojektgruppe »Qualitätsmanagement« des Projektes ProReBeS erarbeitet und in einem Workshop mit Vertretern der Hamburger Beruflichen Schulen vorgestellt und ergänzt. Außerdem wurden Unterstützungssysteme für eine zielgerichtete und systematische Qualitätsentwicklung vorgeschlagen. Der »Orientierungsrahmen Schulqualität« stellt eine weitere Orientierung und Unterstützung für die Qualitätsentwicklung der Beruflichen Schulen dar.

Eine Arbeitsgruppe aus Vertretern verschiedener Bereiche der Berufsbildung, Lehrkräfte, Schulleitung, Schulaufsicht und Landesinstitut LIQ und LIA hat mit Vertretern der BBS-Projektgruppe in einem Workshop geprüft, wo die Besonderheiten der Beruflichen Schulen für den Orientierungsrahmen, das Verfahren und den Aufbau einer Schulinspektion Modifikationen in dem erarbeiteten Entwurf erforderlich machen. Ein wichtiges Ergebnis

„Ich laufe dorthin,  
wo der Ball hinfliegt,  
nicht woher er kommt  
.....“



dieses Workshops war die Erkenntnis, dass trotz aller Besonderheiten der Beruflichen Schulen ein gemeinsamer Orientierungsrahmen für alle staatlichen Schulen in Hamburg möglich ist.

In einem Workshop mit den Schulleitungen am 14. Dezember 2005 wurde in einem ersten Schritt beraten, wie der

Orientierungsrahmen ein hilfreiches Instrument für die schulische Qualitätsentwicklung sein kann. Dabei wurden auch die Zusammenhänge zwischen Qualitätsentwicklung, Orientierungsrahmen und Ziel- und Leistungsvereinbarungen zwischen den Schulen und dem HIBB geklärt. Der Orientierungsrahmen soll nunmehr in einem Workshop mit Kolleginnen und Kollegen der Beruflichen Schulen diskutiert werden.

Als Broschüre wird der Orientierungsrahmen Bestandteil eines geplanten Handbuchs „Schulqualität in Hamburg“, das – als Ringbuch – sukzessiv erweiterbare und ergänzbare Abschnitte enthalten wird. Das Handbuch wird ebenfalls auf dem Hamburger Bildungsserver zugänglich gemacht.

Der Auftrag der Schulinspektion soll im HmbSG durch Einfügung eines neuen Paragraphen abgesichert werden. Die Gre-

mien (Elternkammer am 12.04.05, Lehrerkammer am 18.05.05 und 20.09.05, Landesschulbeirat am 07.03.05 und 17.10.05 und die Deputation am 31.08.05) wurden über das Vorhaben informiert.

Es sollen jährlich ca. 110 Schulen aller Schulformen inspiziert werden. Das bedeutet für alle Schulen eine Inspektion im 4-Jahres-Zyklus, wenn man von insgesamt 4 Inspektionsteams ausgeht. Zum 1.8.06 soll die Schulinspektion ihre Arbeit zunächst mit 3 Teams, davon eines für Berufliche Schulen, aufnehmen. Die Fortbildung für die Inspektoren soll im ersten Quartal 2006 beginnen. Die Ausschreibung der Stelle des Leiters der Schulinspektion erfolgte im Dezember 2005. Auch die Stellen der Mitglieder der Inspektionsteams werden zeitnah ausgeschrieben.

JENS BURGHARD, B 42-6

## Mit 130 Lehrkräften

# Workshop: »Schulqualität entwickeln«

**Am 23. August fand in der Gewerbeschule 9 am Ebelingplatz ein ganztägiger Workshop mit dem Titel »Schulqualität entwickeln« statt. Eingeladen hatte die Teilprojektgruppe Qualitätsmanagement im Rahmen der Reform der Beruflichen Schulen. Jede Berufliche Schule in Hamburg war eingeladen, jeweils zwei Kolleginnen und Kollegen zu entsenden, die intern mit Schulentwicklungsfragen beschäftigt sind. Rund 130 Lehrerinnen und Lehrer diskutierten einen Tag lang über Erfolge, Nutzen und Stolpersteine von systematischer Qualitätsentwicklung in den Schulen und formulierten Gelingensbedingungen.**

Dabei wurde deutlich, dass es in den Beruflichen Schulen in Hamburg vielfältige Erfahrungen mit Qualitätsentwicklung in den Bereichen Unterrichts-, Personal- und Organisationsentwicklung gibt. Hieraus kann ein nicht zu unterschätzender

Nutzen sowohl für die Schülerinnen und Schüler als auch für die Lehrerinnen und Lehrer und für die Schule insgesamt gezogen werden.

Deutlich wurde aber auch, dass die Rahmenbedingungen für systematische Qualitätsentwicklung sich in den letzten Jahren eher verschlechtert haben. Besonders hilfreich für Schulentwicklung schätzen die Kolleginnen und Kollegen die Haltung der Schulleitungen ein. Sie muss eine Schulkultur prägen, die auf Vertrauen, Transparenz und Beteiligung basiert und sollte ein innovationsfreudiges Klima befördern. Das bedeutet auch, dass keine »Null-Fehler-Mentalität« vorherrschen darf. Die Bedeutung von Evaluation und vor allem Schülerfeedback wurde als besonders entwicklungsfördernd herausgehoben. Prof. Michael Schratz von der Universität Innsbruck erhielt viel Beifall für seinen anschaulichen und kurzweiligen Vortrag zum Thema

Schulentwicklung, in dem er sehr deutlich und manchmal auch mit einem Augenzwinkern schilderte, wie Organisationen sich in Veränderungsprozessen verhalten.

Bernd Klein vom Nikolaus-August-Otto-Berufskolleg in Köln beschrieb den Organisationsentwicklungsprozess in seiner Schule vom individuellen Lehreinsatz hin zu Team- und neuen Kommunikationsstrukturen.

Die Veranstaltung wurde im schriftlichen Feedback von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern positiv bewertet, insbesondere wurde der schulübergreifende Austausch und die dialogische Vorgehensweise der Teilprojektgruppe Qualitätsmanagement hervorgehoben.

Die Ergebnisse des Workshops fließen in den Abschlussbericht der Teilprojektgruppe Qualitätsmanagement als Empfehlungen an die Behördenleitung ein.

Verbund-Modellversuch

# LunA – Lernen und nachhaltige berufliche Ausbildung

LunA ist als ein Verbund-Modellversuch zwischen den Bundesländern Hamburg und Hessen konzipiert. Er wird innerhalb des BLK-Modellversuchsprogramms »Selbst gesteuertes und kooperatives Lernen in der beruflichen Erstausbildung« (skola) der Bund-Länderkommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) durchgeführt (vgl. [www.blk-skola.de](http://www.blk-skola.de)).

Die zentralen Ziele des Programms skola lauten:

- Konzepte zur Förderung selbst gesteuerten und kooperativen Lernens zu entwickeln.
- Praxisrelevante Beiträge zur Etablierung dieser Lernkultur zu leisten und dabei
- die didaktischen Potenziale moderner Informations- und Kommunikationstechnologien zu nutzen.

## Warum führen wir den Modellversuch LunA durch?

In Hamburg findet der Unterricht in den vollzeitschulischen Bildungsgängen der Berufsvorbereitungsschule (BVS) und der teilqualifizierenden Berufsfachschule (BFS) in großem Umfang projekt- bzw. produktionsorientiert statt. Bei diesen – oft als schwierig gekennzeichneten Schülergruppen – ist festzustellen, dass

- sich der wichtige Übergang in die Berufs- und Arbeitswelt als sehr problematisch gestaltet,
- die Abbrecherquote in diesen Schulformen unverantwortlich hoch ist,
- die erworbenen Kompetenzen sowohl für die Lernenden als auch für die Wirtschaft nicht transparent genug ausgewiesen werden,
- die Lernausgangslage der Einzelnen äußerst heterogen ist,
- die Schülerinnen und Schüler insgesamt zu wenig individuell gefördert werden,

Im Modellversuch LunA wollen wir die zentralen Ziele des Modellversuchspro-

gramms skola für die Schulformen der BVS bzw. BFS umsetzen und dabei weiterhin die Grenzen ihrer Realisierbarkeit ausloten.

## Beteiligte am Modellversuch LunA in Hamburg:

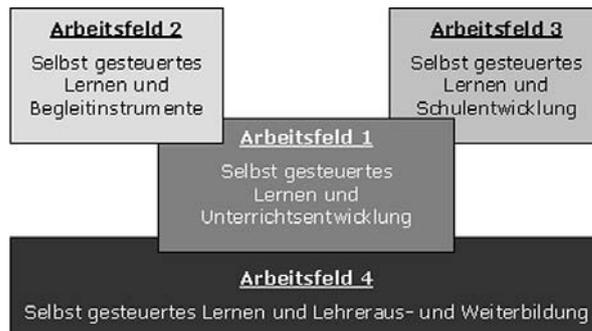
Ausbildungsseminar für Lehrerinnen und Lehrer für Fachpraxis Hamburg (ALLF) und die beruflichen Schulen:

- Staatl. Gewerbeschule Verkehrstechnik, Arbeitstechnik, Ernährung – G 20
- Staatl. Gewerbeschule Chemie, Pharmazie, Agrarwirtschaft – G 13
- Staatl. Gewerbeschule Ernährung und Hauswirtschaft – G 03
- Staatl. Handelsschule Kellinghusenstraße – H 13 (angefragt)

## Leitfragen für das Arbeitsfeld 1: Selbst gesteuertes Lernen und Unterrichtsentwicklung

- Inwieweit können die Gestaltungsansätze des selbst gesteuerten Unterrichts und des Unterrichts mit Produktions- bzw. Projektorientierung (z. B. in der Berufsvorbereitungsschule) nachhaltig verknüpft werden?
- Inwieweit können die Schülerinnen und Schüler durch selbst gesteuerte und kooperative Lehr-Lern-Arrangements die eigene Verantwortung für ihren Lernprozess erkennen, annehmen und erweitern?
- Wie können bei selbst gesteuertem Unterricht die individuellen und auch kulturellen Lernvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler besser berücksichtigt werden?

## Leitfragen für das Arbeitsfeld 2: Selbst gesteuertes Lernen benötigt Begleitinstrumente



- Welche Begleit- bzw. Steuerungsinstrumente sind für die erfolgreiche Durchführung selbst gesteuerten Unterrichts erforderlich?
- Wie können die Potenziale der Informations- und Kommunikationstechnologien zur Unterstützung selbst gesteuerten Lernens optimal eingesetzt werden?

## Leitfragen für das Arbeitsfeld 3: Selbst gesteuertes Lernen und Schulentwicklung

- Welche Gelingensbedingungen sind für die Durchführung selbst gesteuerten und kooperativen Unterrichts innerhalb der Schule und der Klasse erforderlich?
- Wie müssen Bildungsnetzwerke gestaltet sein, damit in Schulen nachhaltig selbst gesteuerter und kooperativer Unterricht implementiert wird?

## Leitfragen für das Arbeitsfeld 4: Selbst gesteuertes Lernen und Lehreraus- und weiterbildung

- Wie muss für künftige Lehrerinnen und Lehrer die Ausbildungsphase gestaltet werden, damit selbst gesteuertes Lernen für sie selbst erlebbar wird?
- Wie müssen Lehrkräfte ausgebildet bzw. weiterqualifiziert werden, damit sie selbst gesteuerte und kooperative Lernprozesse initiieren und sinnvoll begleiten können?

GÜNTER GROSSMANN  
Leiter des Ausbildungsseminars  
für Lehrer für Fachpraxis  
HARTMUT JATZKE-WIGAND, G 20



Selbstgesteuertes Lernen

# Berufliche Kompetenzen von Altenpflege-Azubis

**Das Ausbildungsziel, unsere Schülerinnen zu befähigen, komplexe, neuartige und unstrukturierte Situationen dauerhaft kompetent im beruflichen Alltag zu bewältigen, lässt sich durch vermehrte Anteile an selbst gesteuertem Lernen in der Berufsschule erheblich fördern.**

Die W1 führt dazu seit dem 1. Oktober 2005 über drei Jahre den Modellversuch SELEA zum selbst gesteuerten Lernen in der Altenpflege durch. Der Modellversuch ist Teil des SKOLA-Projekts der Bundesländer-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (Selbst gesteuertes und kooperatives Lernen in der beruflichen Erstausbildung).

Im Rahmen des Modellversuchs werden Maßnahmen entwickelt und erprobt, die die Möglichkeiten und die Motivation von Altenpflege-Schülerinnen zu selbst gesteuertem Lernen kontinuierlich verbessern. Begleitend werden Lehrerteamqualifizierungen durchgeführt.

An diesen Zielen arbeitet die W1 schon seit Jahren. Durch den Aufbau einer Mediothek, des internetbasierten Altenpflege-Lernportals und unseres Offenen Selbstlernzentrums für EDV-gestütztes Lernen haben wir eine Infrastruktur geschaffen, die nicht nur von Klassenverbänden intensiv genutzt wird, sondern genauso individuelle Nutzungen von einzelnen Schülerinnen ermöglicht. Der weitere Ausbau dieser Ressourcen umfasst z.B. den Zugang zu einer Datenbank für Pflegezeitschriften aus dem Intranet der W1.

Im Zentrum des Modellversuchs SELEA steht jedoch die Unterrichtsentwicklung. Dazu werden Projektthemen entwickelt, die in der Schule vor- und nachbereitet werden, deren praktische Durchführung jedoch nach Möglichkeit im Heim erfolgt. Beispiele dafür sind die Biografie-Arbeit, Heimfeste oder Pflegeplanungen. Eine Methodenwoche in der ersten Blockzeit wird die Basiskompetenzen dafür vermitteln.

Von Schülerinnen auf der Basis von zu entwickelnden Kompetenzrastern aufgestellte Wochenpläne sollen das Lernen stärker individualisieren. Dazu müsste der Stundenplan Freiräume für selbst gesteuertes Lernen enthalten. Der Umfang dieser Freiräume wird sich aus den zu machenden Erfahrungen ergeben.

Eine weitere Aufgabe sehen wir in der Förderung der Motivation zum selbst gesteuerten Lernen. Wir setzen dafür die Lernportfolio-Methode ein.

Beim Lernportfolio handelt es sich um ein Instrument, das geeignet ist, sämtliche Facetten des selbst gesteuerten Lernens wie z. B. Selbstmotivation, Stolz auf die eigene Arbeit, Reflexion des eigenen Lernens und die Planung künftiger Lernschritte systematisch zu fördern. Die Altenpflege-Schülerinnen dokumentieren und reflektieren zunächst in einem Arbeitsportfolio ihre Lernschritte. Referate, Klassenarbeiten, Transfers von Wissen in den betrieblichen Alltag werden ergänzt durch Fotos sowie Selbst- und Fremdeinschätzungen.

Aus diesem Material können die Schülerinnen für Gelegenheiten wie schulische

Beurteilungen, Bewerbungen und vielleicht auch Abschlussprüfungen ein Präsentationsportfolio zusammenstellen, das aufzeigt, was die Schülerinnen können und wie sie lernen.

Lernportfolios führen zwangsläufig zu einer anderen Rollenverteilung zwischen Lehrerinnen und Schülerinnen: Der Lehrer wird zum Lernberater, die Schüler zu selbstbewussten Experten ihres eigenen Lernprozesses.

Aufgabe des Entwicklungsteams SELEA ist es u. a., verbindliche Vorgaben sowie Bewertungskriterien für das Lernportfolio zu entwickeln.

Der angestrebte Transfer unserer Ergebnisse sowohl schulintern als auch auf andere Schulen erfolgt durch regelmäßige Publikation unserer Ergebnisse. Erste Anlaufstelle ist die SELEA-Homepage: <http://www.schule-w1.de/selea>. Das SELEA-Entwicklungsteam ist gern bereit, in interessierten Schulen über übertragbare Ergebnisse zu referieren und zu diskutieren.

EKKEHARD LAURITZEN (W1)  
Projektleiter SELEA



Fremdsprachen

# Europäisches Sprachensiegel

Das Europäische Sprachensiegel wird jährlich in allen EU-Ländern ausgeschrieben und jeweils national verliehen. Die Bundesrepublik beteiligt sich seit ca. acht Jahren. Hamburg hat sich von Anbeginn fast jedes Jahr immer mit gutem Erfolg beworben.

Die Projekte zu den jeweiligen Themen müssen anspruchsvolle Kriterien erfüllen: Sie müssen zum Beispiel innovativ sein, eine europäische Dimension beinhalten, übertragbar sein und zur Nachahmung anregen (Leuchtturmcharakter), qualitative und quantitative Verbesserungen im Bereich des Fremdsprachenlernens bringen und in besonderer Weise den Bedürfnissen der Lernenden Rechnung tragen. Näheres findet man unter [www.kmk.org/pad/sprachensiegel2005.htm](http://www.kmk.org/pad/sprachensiegel2005.htm).

Das Thema des Wettbewerbs um das Europäische Sprachensiegel 2005 lautete »Förderung des bilingualen Lernens an Schulen und Hochschulen« (CLIL/EMILE\*). (\*CLIL = Content and Language Integrated Learning / EMILE = Enseignement d'une matière par integration d'une langue étrangère). Hierdurch wird dokumentiert, dass es sich um ein höchst aktuelles und wichtiges Thema handelt.

Die ausgezeichneten Bewerber bekamen im Rahmen eines Festaktes im Dezember 2005 in Bonn von der Präsidentin der KMK, Frau Prof. Johanna Wanka, das Zertifikat »Europäisches Sprachensiegel 2005« verliehen und dürfen das Europäische Sprachensiegel 2005 als Logo in Briefköpfen und Publikationen führen. Die prämierten Projekte werden durch die EU-Kommission europaweit einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht.

Für 2005 lagen über 60 Bewerbungen aus dreizehn Bundesländern vor. Zwölf Sprachensiegel sind zuerkannt worden, davon drei für die drei Hamburger Bewerbungen (nur zum Vergleich: Baden-Württemberg hat bei zehn Bewerbungen ein Sprachensiegel erhalten, Bayern bei drei Bewerbungen keines).

## Die drei Sprachensiegel für Hamburger Projekte gingen an:

- den Verbund von drei Hamburger Grundschulen, die im letzten Schuljahr mit immersivem Englisch begonnen haben, d.h. der gesamte Unterricht mit Ausnahme des Deutschunterrichts läuft auf Englisch ab. Es sind die Schulen: An der Gartenstadt, Max-Eichholz-Ring und die Grundschule der Rudolf-Roß-Gesamtschule;
- das Gymnasium Rissen für das Projekt der 6. Klasse »Writing like in the Middle Ages«;
- die Staatliche Gewerbeschule für Gastronomie und Ernährung (G 11, Angerstraße 4) für den »Focus International Hotel Management«.



Hier eine kurze Beschreibung des von der G 11 unter der Leitung von Herrn Jens Hatje und Frau Andrea Benkert eingereichten Beitrags:

Der Schwerpunkt International Hotel Management befasst sich mit Themenstellungen aus dem Hotelmanagement, insbesondere Rooms Division Management, Hospitality Sales und F&B Management. Von besonderem Interesse sind die Aspekte Marketing, Leadership, Organization und Ethics. Der bilinguale Schwerpunkt IHM umfasst 320 Unterrichtsstunden im 2. Jahr der Weiterbildung und bereitet auf die Übernahme von Managementpositionen in der internationalen Hotellerie vor.



Die Studierenden erarbeiten sich auf vielfältige Weise (beispielsweise literaturgestützt, in Einzel- oder Gruppenarbeit, im Erfahrungsaustausch, in Case Studies) Handlungskompetenz zur Lösung von Problemstellungen aus dem Alltag von Abteilungsleitern oder Geschäftsführern von gastgewerblichen Betrieben. Dabei beschäftigen sie sich überwiegend mit Literatur aus dem angelsächsischen Bereich und lernen so neben den Gegebenheiten Deutschlands auch, wie Unternehmen in Großbritannien, den USA usw. geführt werden.

Neben den Ergebnissen des Unterrichts ist insbesondere die in englischer Sprache zu verfassende Facharbeit erwähnenswert. Die Studierenden wählen sich ihr eigenes Thema und bearbeiten dieses mit Hilfe deutscher und englischer Fachliteratur. Dabei sind sie aufgefordert, Theorie und Praxis zu einem persönlichen Ergebnis zu kombinieren, etwa in Form eigener Konzepte für gastgewerbliche Betriebe oder ähnliches.

Die Preisverleihung fand am 14. Dezember in Bonn statt. Es darf herzlich gratuliert werden!

MANFRED THÖNICKE, B 42-9

Fachenglisch

# Bilinguale Angebote an beruflichen Schulen

Im Zusammenhang mit bilingualem Unterricht denken die meisten an Unterricht im allgemeinbildenden Bereich, etwa in Geschichte und Sport. Der Fachenglischunterricht an Hamburger beruflichen Schulen hat jedoch auch durchaus bilingualen Charakter: Es wird Sach-Fachunterricht mit Arbeitssprache Englisch durchgeführt.

Ferner gibt es an den beruflichen Schulen in Hamburg folgende erwähnenswerte Projekte, deren Zahl ständig zunimmt:

**Staatliche Gewerbeschule Gastronomie und Ernährung (G 11):**

An der Hotelfachschule wird während der gesamten Ausbildung das Fach Personalwirtschaft auf Englisch unterrichtet. Im zweiten Jahr gibt es den achttündigen Schwerpunkt International Hotel Management, der ebenfalls vollständig in englischer Sprache unterrichtet wird.

**Staatliche Handelsschule mit Wirtschaftsgymnasium Harburg (H 10):**

Im Rahmen der dualen Ausbildung (Industrie-kaufleute) werden Schülerinnen und Schüler in bestimmten Lernfeldern bilingual unterrichtet.

**Staatliche Gewerbeschule Metalltechnik (G 17):**

Am Technischen Gymnasium wird in den 3. und 4. Studiensemestern das Fach Geschichte als Kompetenzkurs in englischer Sprache angeboten.

In der dualen Ausbildung werden Technische Zeichner / Technische Zeichnerinnen im Fach Technische Kommunikation auf Englisch unterrichtet.

**Staatliche Gewerbeschule Informations- und Elektrotechnik, Chemie und Automatisierungstechnik (G 18):**

Im Rahmen der dualen Ausbildung der IT- Fachinformatiker und IT- Systemelektroniker werden die Fächer Wirtschaft und Gesellschaft, Sprache und Kommunikation sowie viele Themen des Technikunterrichts englischsprachig unterrichtet.

**Staatliche Handelsschule mit Wirtschaftsgymnasium Weidenstieg (H 5):**

Für Schülerinnen und Schüler der Studienstufe des Wirtschaftsgymnasiums wird sowohl das Fach Betriebswirtschaftslehre (BWL mit Rechnungswesen) als Leistungskurs als auch der Grundkurs Volkswirtschaftslehre in englischer Sprache angeboten. Ein Vorbereitungskurs soll in der Vorstufe belegt werden.

**Staatliche Handelsschule Holstenwall, Berufsschule für Spedition-Logistik-Verkehrsservice, Berufsfachschule (H 14):**

Im Rahmen der dualen Berufsausbildung für Kaufleute für Spedition und Logistikdienstleistung gibt es »Europaklassen«. Neben Fachenglisch wird auch Spanisch

unterrichtet. Bestimmte fachliche Inhalte wie »Marketing und Verträge« und »Betriebliche Leistungserstellung« sind in Fachenglisch integriert. Des weiteren wird ein 40 Stunden umfassendes Projekt in englischer Sprache durchgeführt.

**Staatliche Fremdsprachenschule Hamburg (H 15):**

In den Klassen der Berufsfachschule für kaufmännische Assistenz Fachrichtung Fremdsprachen werden Wirtschaftsenglisch und auch (alternativ) Wirtschaftsfranzösisch oder -spanisch unterrichtet. Im Rahmen des Lernfeldunterrichts erfolgt die Erarbeitung fachlicher Inhalte teilweise in einer Fremdsprache.

**Staatliche Handelsschule Berliner Tor (H 18):**

In der dualen Ausbildung für Schifffahrtskaufleute werden die Lernfelder »Schifffahrtsmanagement« bzw. »Schifffahrtsdienstleistungen« in englischer Sprache unterrichtet.

Für Reiseverkehrskaufleute gibt es bilingualen Unterricht in Fachkunde im Lernfeld »Marketing«.

**Staatliche Schule Gesundheitspflege Wilhelmsburg (W 4):**

In der dualen Ausbildung für Arzthelferinnen findet in je einer Klasse pro Jahrgang der Unterricht im Fach Medizin / Medizinische Technologie auf Englisch statt.

MANFRED THÖNICKE, B 42-9

»Luftfahrtstandort Hamburg«: 4.9.2006 bis 2.11.2006

## Berufsorientierungstournee für Lehrkräfte und Berufsberater

Neuerdings gehen Lehrkräfte und Berufsberater daran, gemeinsam – vor Ort, in den Betrieben – Ausbildungs- und Arbeitsprozesse kennen zu lernen und zu analysieren. Dabei kooperieren

die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Berufsberater mit den jeweiligen Ausbildern im Betrieb. In den letzten Jahren hat sich die Arbeitswelt stark verändert, neue Berufsbilder sind entstan-



den, traditionelle Berufe verlieren an Bedeutung. Neue Kompetenzprofile und die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens erfordern eine praxisnahe Form der Berufs- und Lebensplanung.

**Diese zunehmende Komplexität des Berufswahlprozesses von Jugendlichen erfordert eine stärkere Einbeziehung möglichst vieler Akteure im Berufswahlprozess.**

Gleichzeitig fehlen seit einigen Jahren Ingenieure für die verschiedenen Wissenssachsbereiche. Das Ingenieurstudium hat seit den 90er Jahren an Zugkraft verloren, ohne dass trotz verbesserter Berufschancen eine Wende dieser Entwicklung absehbar wäre. Unsere Gesellschaft wird in Zukunft stärker davon bestimmt sein, neue Produkte und Dienstleistungen zu erzeugen, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Es bedarf daher einer neuen Hinwendung der Schülerinnen und Schüler zur Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik. Der Luftfahrtstandort Hamburg benötigt und bietet gerade in den beschriebenen Feldern eine große Zahl von zukunftssträchtigen Ausbildungsplätzen.

Diese veränderten gesellschaftlichen Prozesse möchte die Berufsorientierungstournee aufgreifen und eine Möglichkeit des Informationsaustausches zwischen Auszubildenden, Lehrerinnen und Lehrern, Ausbildern und der Arbeitsagentur bieten. Das vorhandene Vorwissen über Berufe wird durch Einblicke in die betriebliche Praxis ergänzt, aktuelle berufliche Anforderungen, die an die verschiedenen Berufsbilder gestellt werden, können durch Praxiskontakte aktualisiert werden. Die Erkenntnisse gehen gezielt in die Beratung und Orientierung von Jugendlichen ein, um ihnen eine Perspektive zu eröffnen und ihre individuellen Chancen aufzuzeigen. Außerdem erkunden wir in diesem Rahmen auch die besuchten Betriebe.

Das Konzept der Berufsorientierungstournee beinhaltet u. a., dass Auszubildende ihren Beruf vortragen und Fragen nach der Ausbildung und den Anforderungen während der Ausbildung beantworten und ihren Betrieb vorstellen. An fünf Stationen (Betrieben) werden ihnen 15 unterschiedliche Berufe mit unterschiedlichen Eingangsvoraussetzungen (Abitur, Real-

schul- und Hauptschulabschluss) vorgestellt.

Nach der Auftaktveranstaltung am 4.9.2006 startet die erste Station in Finkenwerder bei der Airbus Deutschland GmbH. Am 27.9.2006 sind die Veranstaltungsteilnehmer bei einem Zuliefererbetrieb für den Airbus zu Gast. Die Hochschule für Angewandte Wissenschaft führt die Gruppe am 5.10.2006 in Ingenieurberufe ein, und am 26.10.2006 und am 27.10.2006 (das sind die beiden letzten Herbstferientage!) sind die Teilnehmer dann am Flughafen Hamburg und in der Lufthansa Technik präsent. Die Auswertung erfolgt am 2.11.2006. Die Berufsorientierungstournee wird vom Landesinstitut organisiert und durchgeführt und kann nur als Ganzes »gebucht« werden; natürlich ist sie als Fortbildung anerkannt.

Weitere Informationen bei:  
Klaus Behn v. Urban, Tel. 4 28 0-2581;  
E-Mail: klaus.behnvonurban@li-hamburg.de

### Warum das Rad immer neu erfinden?

## TransVerbund: Neue Berufsorientierung – Transferagenturen im Verbund

**In vielen Bundesländern existieren erfolgreiche Konzepte, Strategien und Methoden der Ziel- und Berufsorientierung sowie der Lebens- und Berufsweplanung, die auch für andere Länder von Interesse sind. Wie aber transferieren die Verantwortlichen die erfolgreichen Konzepte von einem Bundesland in ein anderes, und welche Strategien lassen sich finden, um diesen Transferprozess zu unterstützen?**

Seit dem 1. Dezember 2004 fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung das Projekt »Transferagenturen im Verbund«, das sich auf den Transfer bewährter Produkte zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung konzentriert. Die Partneragenturen im Verbund sind:

- Partner: Schule-Wirtschaft (PSW) in Berlin

- Netzwerk Zukunft; Schule + Wirtschaft für Brandenburg
- bremer agentur schule wirtschaft
- Zentrum Schule & Wirtschaft/ Li Hamburg.

Das Hamburger Zentrum Schule & Wirtschaft (ZSW) am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung bietet in diesem Netzwerk Brandenburg, Bremen und Berlin seine »Produkte« an. Dazu gehören das Qualitätssiegel »Schule mit vorbildlicher Berufsorientierung« und eine Datenbank, die die Schulprofile zur Berufsorientierung ausweist. Aus den Partneragenturen sollen andere erfolgreiche Angebote zur Berufsorientierung nach Hamburg »importiert« werden. Geplant ist zunächst eine »Berufsorientierungstournee« im Herbst 2006, die Lehrkräfte mit Ausbildungsberufen und Anforderungsprofilen der Luft- und Raumfahrtindustrie bekannt machen soll.

### Berufsorientierungstournee '06

Bisher wurden Qualitätskriterien für die zu transferierenden Produkte entwickelt und Matrices, die die Gelingensbedingungen beschreiben.

Das Projekt wird neben dem BMBF auch vom ESF (Europäischer Sozialfonds) gefördert. Es endet am 30. November 07.

Ausführliche Informationen über das Projekt, seine Ziele, seinen Verlauf, seine Ergebnisse und Dokumentationen:

[www.transverbund.de](http://www.transverbund.de)

Ansprechpartner am LI:  
Bringfriede Kahrs / Klaus Behn v. Urban;  
Tel.: 4 28 01-2581;  
E-Mail: bringfriede.kahrs@li-hamburg.de; klaus.behnvonurban@li-hamburg.de

H 7

# Frischer Wind an der H 7 durch Adaption neuer Ideen aus EU-Partnerschulen

Unter dem Arbeitstitel »Skills for Competitiveness« beteiligen sich Schulen aus England, Italien und Deutschland (H 7) seit dem Schuljahr 2004/2005 an diesem internationalen, von der Europäischen Union unterstützten Projekt.

Gemeinsame Grundidee des Projektes ist die Erkenntnis der Bedeutung einer »problemlosen« Integration junger Menschen in die Arbeitswelt und das Wissen darüber, welche Schwierigkeiten unsere Schüler oft haben, den Anforderungen der Arbeitswelt gerecht zu werden. An dieser Stelle muss die Schule ihren Beitrag leisten, um die Schüler auf ihre Zukunft in der Arbeitswelt vorzubereiten.

Ausgehend von der Analyse und gegenseitigen Darstellung der derzeitigen Beziehungen zwischen Allgemeinbildenden Schulen und der Arbeitswelt in den drei Ländern der EU, strebt das Schulentwicklungsprojekt dabei besonders das Ziel an, erfolgreiche schulische Aktivitäten und Programme aus anderen Ländern zu übernehmen und in der eigenen Schule erfolgreich umzusetzen. Die »skills for competitiveness« müssen verbessert werden!

So plant die H 7 gegenwärtig das »work-shadowing«, eine am Ercall-



Wood-College in Shropshire praktizierte Maßnahme, an der Schule einzuführen und zu evaluieren.



## Personalien

### 2005: Vorläufige Einsetzungen

**Pelz, Jochen**

Abteilungsleiter BS an der  
Staatlichen Gewerbeschule Kraftfahrzeugtechnik (G 9)  
mit Wirkung vom 16. 11. 2005

**Hoensch, Harriet**

Abteilungsleiterin an der  
Beruflichen Schule Niendorf (W 3)  
mit Wirkung vom 14. 12. 2005

**Wulf, Gudrun**

Abteilungsleiterin an der  
Staatlichen Fachschule für Sozialpädagogik Wagnerstraße –  
Fröbelseminar – (FSP I)  
mit Wirkung vom 16. 11. 2005

**Vollmer, Gerhard**

Abteilungsleiter BS an der  
Staatlichen Gewerbeschule Energietechnik (G 10)  
mit Wirkung vom 14. 12. 2005

**BBiG: Der große Wurf auf Bundesebene?**

# Reform des Berufsbildungsgesetzes

Wie befürchtet, ist mit dem Berufsbildungsreformgesetz nicht der große Wurf zur Reform des deutschen Berufsbildungssystems gelungen. Vertan wurde damit auch die Chance, das deutsche System im sich entwickelnden europäischen Berufsbildungsraum prominent zu platzieren. Zu fragen ist jetzt, welche Veränderungen sich aus dem Berufsbildungsreformgesetz für Hamburg ergeben werden.

Dazu legt die Kultusministerkonferenz mit ihrem Beschluss vom 2.6.2005 eine Reihe von Empfehlungen vor, die hier auszugsweise zitiert werden.

## »I. Anrechnung von Zeiten schulischer beruflicher Ausbildung auf eine duale Berufsausbildung.

Ab 1. April 2005 können die Länder durch Rechtsverordnung Anrechnungsregelungen erlassen. (...)

Die Kultusministerkonferenz empfiehlt,

1. Anrechnungsregelungen dazu zu nutzen, geeignete Bildungswege nach Qualität, Quantität und zeitlicher Effizienz so zu gestalten, dass die vollständige Anrechnung von Lernzeiten in beruflichen Vollzeitschulen auf die Berufsausbildung erreicht wird.

2. Den Anrechnungsumfang von dem in den einzelnen schulischen Bildungsgängen und ihren fachlichen Schwerpunkten gegebenen Umfang berufsbezogenen Unterrichts und der Berücksichtigung der für die Berufsausbildung maßgeblichen Rahmenlehrpläne und Ausbildungsordnungen abhängig zu machen. (...)

## II. Zulassung von Absolventen von Bildungsgängen beruflicher Schulen zur Kammerprüfung

Mit dem Inkrafttreten des Berufsbildungsreformgesetzes können die Länder festlegen, dass Absolventen bestimmter Bildungsgänge beruflicher Schulen einen Rechtsanspruch auf Zulassung zur Kammerprüfung haben. Bei dieser Festlegung ist bedeutsam, dass der Bildungsgang hin-

sichtlich Inhalt, Anforderungen und zeitlichem Umfang einer dualen Berufsausbildung entsprechen muss und durch Lernortkooperation ein „angemessener Anteil“ an fachpraktischer Ausbildung zu gewährleisten ist. Möglich ist auch eine Zulassung zu Teilen der Kammerprüfung. (...)

Für die Zulassung zur Kammerprüfung (...) empfiehlt die Kultusministerkonferenz den Ländern,

4. in den in Frage kommenden Bildungsgängen die erforderlichen curricularen Freiräume für die Durchführung eines angemessenen Anteils fachpraktischer Ausbildungsabschnitte bei der schulischen Ausbildung und in betrieblichen oder außerbetrieblichen Einrichtungen zu schaffen. Sie verbindet dies mit einem Appell an die Wirtschaft zur Bereitstellung ausreichender Ausbildungsplätze.

## III. Einbringen der durch die Berufsschule erbrachten Leistungen in das Kammerzeugnis

Der Prüfungsausschuss bei der Kammerabschlussprüfung kann zur Bewertung einzelner, nicht mündlich zu erbringender Prüfungsleistungen gutachterliche Stellungnahmen Dritter, insbesondere beruflicher Schulen, einholen. Für die Länder ist damit ein Rahmen gegeben, Teile der Prüfung durch gutachterliche Stellungnahmen zu ersetzen. Zudem kann auf Antrag der Auszubildenden »das Ergebnis berufsschulischer Leistungsfeststellungen« im Kammerzeugnis ausgewiesen werden.

Die Kultusministerkonferenz empfiehlt,

5. Regelungen zu entwickeln, damit Lern- und Prüfungsleistungen als gutachterliche Stellungnahme beruflicher Schulen in die Kammerprüfung einbezogen werden.

6. die Lernleistungen des allgemeinen Lernbereichs mit einzubeziehen, wenn das Ergebnis berufsschulischer Leistungsfeststellungen auf dem Kammerzeugnis ausgewiesen wird.« (...)

## Hamburger Presseerklärung

Nach einem Gespräch zwischen der KMK und dem Präsidenten des DIHK, Ludwig Georg Braun, gab die Staatliche Pressestelle der Freien und Hansestadt Hamburg am 3. Juni 2005 die folgende Mitteilung heraus:

» (...) KMK und DIHK erklären, dass es angesichts der Lage auf dem Ausbildungsmarkt sinnvoll erscheint, vollzeitschulische Bildungsgänge unter bestimmten Bedingungen anzuerkennen und ihnen durch stärkere Praxisanteile eine höhere Wertigkeit zu geben. (...)

Bildungssenatorin Alexandra Dinges-Dierig erklärte: »Die Einrichtung vollzeitschulischer beruflicher Bildungsgänge und deren Anerkennung durch die Kammern ist eines der wichtigsten Ziele, das wir in Hamburg im Rahmen des Prozesses der Reform der beruflichen Schulen erreichen wollen. Wir sind hier in der Hansestadt auf gutem Wege und ich freue mich, dass dies nun auch auf Bundesebene breit unterstützt wird. Das ist der richtige Weg, um Jugendliche weg von der Straße zu bringen, ihnen stattdessen Ausbildung, Anerkennung und ein Auskommen zu verschaffen.« (...)

MICHAEL SCHOPF, B 42-2

Anzeige

# Das neue Berufsbildungs- gesetz

## Kommentar mit Nebenbestimmungen

Begründet von  
Rechtsanwalt Dr. jur. Josef Herkert

Fortgeführt von  
Rechtsassessor Harald Törtl

52. Aktualisierung Oktober 2005

 **WALHALLA  
FACHVERLAG**

KIBB

# Schneller Weg zu Ergebnissen der Berufsbildungsforschung

Ergebnisse der deutschen Berufsbildungsforschung zusammenführen, einen zentralen Zugang zu ihnen aufbauen und sie zur Beantwortung aktueller Fragen und Probleme im Bereich der beruflichen Bildung bereit stellen: Dies ist Inhalt und Ziel des beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) eingerichteten und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Internet-Portals »Kommunikations- und Informationssystem Berufliche Bildung (KIBB)«, das jetzt sein einjähriges Bestehen feiert.

Mit Hilfe moderner Informationstechnologien hilft KIBB schnell und unkompliziert beim Auffinden von Informationen aus dem BIBB und aus den in der »Arbeitsgemeinschaft Berufsbildungsforschungsnetz (AG BFN)« zusammengeschlossenen Institutionen. Dazu gehören das BIBB, die Hochschul- und Landesinstitute, Institute in freier Trägerschaft und das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)\*. Durch die Einbeziehung all dieser Einrichtungen in das KIBB-Portal werden nach und nach die aktuellen Arbeitsergebnisse der zentralen Institutionen der Berufsbildungsforschung frei zugänglich und stehen kostenlos denjenigen zur Verfügung, die sich umfassend über den jeweiligen wissenschaftlichen Erkenntnisstand informieren möchten.

Über das KIBB-Portal [www.kibb.de](http://www.kibb.de) können Expertinnen und Experten aus Forschung, Politik, Verwaltung und Praxis selbständig in dem großen Fundus des

\*) Die Arbeitsgemeinschaft Berufsbildungsforschungsnetz (AG BFN) wurde 1991 mit dem Ziel gegründet, den Informationsfluss für eine freiwillige wissenschaftliche Zusammenarbeit zu verbessern, um auf der Grundlage des Austausches von Daten, Dokumenten und Forschungsergebnissen die Berufsbildungsforschung zu fördern.

Weitere Informationen zur AG BFN im Internet unter [www.agbfn.de](http://www.agbfn.de).



gesammelten Wissens der Berufsbildungsforschung ihre Themen recherchieren. Werden aktuelle Informationen zum Beispiel rund um das IT-Weiterbildungssystem gesucht, so können in der KIBB-Wissenslandkarte ([www.kibb.de](http://www.kibb.de)) im Themenbereich »Aus- und Weiterbildungssystem« unter dem Stichwort »Gestaltungsprozess Fortbildungsberufe« eine Fülle von Materialien nachgeschlagen werden, die den aktuellen Diskussions- und Forschungsstand zu diesem Thema vorstellen.

Spezifische Anfragen beispielsweise der Bundesministerien, für die u. a. häufig komplexe statistische Auswertungen erforderlich sind, werden von professionellen Wissensmanagern in Zusammenarbeit mit den Forscherinnen und Forschern des BIBB beantwortet. So trägt KIBB mit dazu bei, dass neues Wissen entstehen kann, dass es auffindbar ist und öffentlich wird. Präsentiert werden über das BIBB-Portal [www.kibb.de](http://www.kibb.de):

- eine thematisch gegliederte Wissenslandkarte, die
  - Zugang zu den Ergebnissen von bisher rund 350 Forschungsprojekten aus dem BIBB sowie schrittweise auch aus den Projekten der AG BFN ermöglicht,
  - über 40 Informationssysteme zu ausgewählten Aspekten der Berufsbildung vernetzt und integriert,
  - Informationen über Berufsbildungsprojekte automatisch um weiterführende Informationen (wie z. B. Hinweise zu BIBB-Modellversuchen) ergänzt; dieses Angebot wird zukünftig um thematisch passende Literaturhinweise erweitert;
- ein spezielles Anfragenmodul, das die an KIBB gestellten Fragen erfasst, die

ausgearbeiteten Antworten dokumentiert und sie als neu erarbeitetes Wissen im KIBB-Portal künftig öffentlich zur Verfügung stellt,

- ein Austauschforum für die AG BFN, das die Kontaktdaten aller Mitglieder bereit stellt, die Organisation und Dokumentation der von ihnen durchgeführten wissenschaftlichen Tagungen unterstützt und so aktuelle Forschungsergebnisse allen interessierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern schnell bekannt macht.

Die Kooperation von KIBB und AG BFN ist Thema des Beitrags von Franz Schapfel-Kaiser, Uta Weis und Arnulf Zöllner »Wissensmanagement in der Berufsbildungsforschung – KIBB und AG BFN«, der im Heft Nr. 5 der Zeitschrift des BIBB »Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis (BWP)« veröffentlicht wird. Die BWP 5/2005 ist seit Oktober 2005 zum Preis von 7,90 € zu beziehen beim W. Bertelsmann Verlag GmbH & Co. KG, Postfach 10 06 33, 33506 Bielefeld, Tel. 0521/911 01-11, Fax: 0521/911 01-19, E-Mail: [service@wbv.de](mailto:service@wbv.de)

Über den Entwicklungsstand von KIBB informiert der Newsletter »KIBB-Relations«, abrufbar im Internet unter [www.kibb.de/rd/wlk8012.htm](http://www.kibb.de/rd/wlk8012.htm)

*Weitere Informationen über Inhalt und Arbeit von KIBB:  
Siehe im Internet unter [www.kibb.de](http://www.kibb.de)*

MSz

**Teilprojekt 3**

# Die Reform der teilqualifizierenden Berufsfachschulen

Im Rahmen des Projekts Reform der Beruflichen Schulen (ProRebeS) hatte die Teilprojektgruppe 3 den Auftrag, alle Reformvorschläge, die in den letzten Jahren bereits diskutiert worden sind, zu einem konkreten Konzept zu bündeln und die Umsetzung für das Schuljahr 2006/07 vorzubereiten. Dabei ist die Gruppe von folgender Situation ausgegangen.

Zur Zeit besuchen in Hamburg ca. 6.200 Schülerinnen und Schüler die sechs unterschiedlichen Fachrichtungen der teilqualifizierenden Berufsfachschule, die auf dem Hauptschulabschluss aufbaut. Der Besuch einer teilqualifizierenden Berufsfachschule ist für alle Schülerinnen und Schüler mit dem Hauptschulabschluss offen; es gibt keine Zugangsbeschränkungen, kein Bewerbungs- oder Auswahlverfahren. Wegen des Lehrstellenmangels gerade für Hauptschüler sind die Schülerzahlen in der BFS tq in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen und belasten den Staatshaushalt erheblich.

Die Zusammensetzung der Klassen ist sehr heterogen; entsprechend unterschiedlich sind Leistungsstand, Leistungsfähigkeit, Lernverhalten und soziales Verhalten. Der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund ist hoch.

Die Entscheidung für ein Berufsfeld und damit für den Besuch einer ganz bestimmten Berufsfachschule ist für die Schülerinnen und Schüler am Ende der Hauptschule bisher nicht solide abgesichert. Häufig fehlen Informationen über die Anforderungen eines bestimmten Berufs bzw. eines Berufsfeldes. Schülerinnen und Schüler haben zum Teil Defizite bei der realistischen Einschätzung ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Chancen in bestimmten Berufen. Bisher fehlen praktikable Verfahren für die rechtzeitige Erfassung von berufs- bzw. bildungswegsbezogenen Kompetenzen.

Diese Gründe tragen dazu bei, dass die Abbrecherquoten im Verlauf des zweijährigen Bildungsgangs sehr hoch sind. Ca. 50 Prozent der Schülerinnen und Schüler verlassen die BFS tq ohne Abschluss. Viele versuchen ihr Glück mit einer zweiten Anmeldung an einer anderen Berufsfachschule und verbringen lange Jahre in unseren Schulen. Auch erfolgreiche Absolventen finden oft nur mit Mühe einen Ausbildungsplatz. Bei der anschließenden Ausbildung im Dualen System führen die bereits erworbenen beruflichen Teilkompetenzen in der Regel nicht zu einer Anrechnung auf die Ausbildungszeit.

Im Rahmen des Projektes »Stärkung der Hauptschule und Förderung der Hauptschülerinnen und Hauptschüler« wurden Maßnahmen entwickelt, die das Leistungspotenzial von Hauptschülerinnen und Hauptschülern in Zukunft erhöhen sollen. Dazu gehören:

- Stärkung der Basiskompetenzen in Deutsch, Mathematik und Englisch
- Vergleichbarkeit der Abschlussnoten durch die Einführung zentraler Prüfungen
- pädagogische Diagnostik und Zielklärung
- Entwicklung schulischer Erziehungskonzepte
- Kompetenzfeststellung am Ende der Klasse 8 und Abschluss von individuellen Lernvereinbarungen
- anschlussbezogene Berufsorientierung in Klasse 9.

In Abstimmung mit den verschiedenen Projekten zur Stärkung der Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulabschluss und der Teilprojektgruppe 5 zur Veränderung der Berufsvorbereitungsschule haben wir uns folgende **Ziele** gesetzt:

- Sicherung der Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit im Bildungssystem
- Verringerung der Abbrecherquoten
- Vermeidung von Warteschleifen und erfolglosen Wiederholungen
- Einhaltung der Standards für den mittleren Bildungsabschluss und weitere Verbesserung der Kernkompetenzen
- Erhöhung der Chancen auf einen Ausbildungsplatz
- Möglichkeit der Anrechnung auf die Ausbildungsdauer in dualen Ausbildungen als freiwillige Option für die Ausbildungspartner
- Möglichkeit der Anrechnung auf den Unterricht in der Berufsschule im 1. Jahr der Ausbildung.

Um diese Ziele zu erreichen, hat die Teilprojektgruppe 3 eine Reihe von Veränderungen vorgeschlagen. Die Behördenleitung hat diesem Vorschlag im Juni 2005 zugestimmt:

1. Für die Aufnahme gelten zukünftig folgende Bedingungen:

- Notenschwelle von 3,3 im Durchschnitt der Fächer Deutsch, Mathematik und Englisch
- Altersgrenze für die Aufnahme (Vollendung des 20. Lebensjahres am 1. August)
- Unterlagen für die Anmeldung: Zeugnis und Lebenslauf
- Bewerbungsschreiben mit Begründung für die jeweilige Fachrichtung
- Praktikumsbescheinigung, Berufswahlpass / Kompetenzfeststellung

2. Für das Bestehen des Probehalbjahrs gelten die gleichen Bedingungen wie für die Versetzung in die Oberstufe.

3. Die maximale Verweildauer zwischen dem Hauptschulabschluss und dem mittleren Bildungsabschluss in der BFS tq beträgt grundsätzlich drei Jahre.

4. Für alle Fachrichtungen der BFS tq gilt die gleiche Rahmenstundentafel.
5. Ein Bildungsplan BFS tq ist für alle neuen Fachrichtungen verbindlich. Die Fächer des Lernbereiches I enthalten ein Kerncurriculum für die jeweiligen Ausbildungsberufe. Die Rahmenlehrpläne der Fächer im Lernbereich II gelten für alle Fachrichtungen.
6. Insgesamt 6 Wochen Praktikum werden empfohlen.
7. Die schriftlichen Abschlussprüfungen erfolgen zentral in den Fächern Sprache und Kommunikation, Fachenglisch und Mathematik. Sie enthalten auch berufsbezogene Aufgaben. Außerdem wird schriftlich in einem weiteren fachrichtungsbezogenen Fach mit praxisorientierten Anteilen aus dem Lernbereich I geprüft.

Zur Zeit arbeiten viele Kolleginnen und Kollegen in der Behörde und in den Schulen an der **Umsetzung** dieser Reform. Hier geht es um folgende Punkte:

- Die neue Ausbildungs- und Prüfungsordnung (APO BFS tq) wird für alle sieben neuen Fachrichtungen gelten und liegt im Entwurf vor. Nach der Ab-

stimmung in den Gremien soll sie im Februar 2006 verabschiedet werden.

- Die Erstellung des Bildungsplans mit den Rahmenlehrplänen für alle Fächer in den einzelnen Fachrichtungen hat mit einem Workshop in Jesteburg am 18. und 19.08.05 begonnen. Die 12 Kommissionen, in denen ca. 70 Kolleginnen und Kollegen aus den Schulen über Ziele, Inhalte und Methoden des künftigen Unterrichts beraten, werden die Entwürfe für die Rahmenlehrpläne am 31.01.2006 vorlegen. Anschließend haben die Schulen vier Wochen Zeit, um darüber zu diskutieren und Ergänzungen vorzuschlagen. Der Bildungsplan soll zum Schuljahr 2006/07 in Kraft treten.
- Zur Information der abgebenden und aufnehmenden Schulen sowie der beteiligten Beratungsstellen finden seit Anfang September eine Reihe von Veranstaltungen statt. Gleichzeitig werden die neuen Konzepte für die Förderung der Schülerinnen und Schüler in der Berufsvorbereitungsschule vorgestellt.
- Mit der Einführung der Notenschwelle wird die Schülerzahl in der BFS tq sin-

ken und in den Bildungsgängen der Berufsvorbereitungsschule steigen. Einige Schulen werden zukünftig anstelle der Berufsfachschule Unterricht in der Ausbildungsvorbereitung anbieten. An nahezu allen anderen Standorten werden Klassen der BFS tq und der Berufsvorbereitungsschule parallel laufen.

Mit diesen Reformen ist die Hoffnung verbunden, Jugendliche mit einem Hauptschulabschluss bei dem Übergang von der allgemein bildenden Schule in die Berufsausbildung besser als bisher begleiten und fördern zu können. Dazu ist neben der Veränderung der Rahmenbedingungen vor allem eine Diskussion über die Inhalte und Methoden des Unterrichts erforderlich, die mit der Umsetzung des neuen Bildungsplans einsetzen wird. Die Teilprojektgruppe 3 ist sehr daran interessiert, dass die Elemente des individualisierten und selbstorganisierten Lernens, die wir in Schulen in Beatenberg und Zug in der Schweiz kennen gelernt haben, auch den Unterricht in der Berufsfachschule und der Berufsvorbereitungsschule bereichern werden. HELLA EICKENSCHIEDT, B 42-7

## Berufsfachschulen weiterentwickeln

# Vorschläge für länderübergreifende strukturelle Lösungen

**Um strukturelle Schwächen der Berufsfachschulen nachhaltig zu mildern, sind seitens der Bundesländer – ohne zusätzliche Haushaltsbelastung – übergreifende Reformen möglich und geboten. Dazu gehören die Verbesserung der Anschlussfähigkeit zum allgemein bildenden System, die Standardisierung der Abschlüsse, eine Steigerung der Erfolgsquoten, die Erhöhung der Anrechnungschancen im dualen System, eine Vermeidung überlanger Schulkarrieren, die Steigerung der Akzeptanz auf dem Arbeitsmarkt und nicht zuletzt eine Steigerung der Zahl der vom Beschäftigungssystem anerkannten voll qualifizierenden Berufsfachschulbildungsgänge.**

Zum Erreichen dieser Ziele sollten die Landesministerien im Zusammenwirken mit den jeweiligen Landesinstituten und Hochschulen pragmatisch und kurzfristig eine Reihe von Maßnahmen für eine sicher länger dauernde Übergangszeit bei staatlichen Berufsfachschulen anstreben:

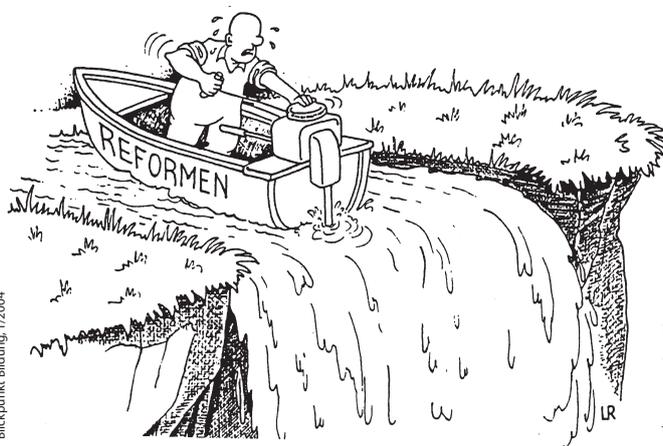
- Ähnliche Berufsfachschulbildungsgänge der Länder sollten unter einer dem Beschäftigungssystem die Inhalte signalisierenden Bezeichnung zu neuen berufsprofilierten Berufsfachschulen zusammengeführt werden.
- Bestehende und neu zu entwickelnde Berufsfachschulen nehmen stärker die Zukunftsfähigkeit der Beschäftigungsfelder ins Blickfeld.

- Teilqualifizierende Berufsfachschulen werden möglichst weit gehend in kooperative voll qualifizierende Berufsfachschulen mit nicht unter sechs Monaten von der Schule betreuter Betriebspraxis umgewandelt (Dualität / Lernortpluralität als didaktisches Prinzip). Für die Praxisbeteiligung werden gezielt die nicht an der dualen Ausbildung beteiligten Betriebe angesprochen.

- In den Rahmenlehrplänen sollte geprüft werden, wie weit die aus dem Kopenhagenprozess erwachsenden europäischen Entwicklungen (Modularisierung der Ausbildung, Kreditpunktesystem) in die Gestaltung einzubeziehen.

hen sind und welche Perspektiven sich für die Absolventen ergeben.

- Curricular wird vorerst vom Lernfeldkonzept als dem inzwischen im dualen System eingeführten Modell ausgegangen. Dabei sollten nur zwei Drittel des verfügbaren Stundenvolumens ausgefüllt werden, um für Länder oder Standorte wichtige Ergänzungen als Wahl- oder Wahlpflichtbausteine einbeziehen zu können.
- Parallel werden Eckwerte für kompetenzorientierte Rahmenlehrpläne auf der Grundlage beruflicher Domänen entwickelt.<sup>1)</sup>
- In noch teilqualifizierenden Berufsfachschulen beziehen sich die Konzepte auf vorhandene Lernfelder anerkannter Ausbildungsberufe, um so den anzurechnenden Rahmen besser zu kennzeichnen.
- Bundeseinheitliche Rahmenlehrpläne werden analog zu denen im dualen System Regelfall. Sie werden wie die Rahmenlehrpläne im dualen System veröffentlicht und in festen Zeiträumen auf ihre Relevanz überprüft.
- Für die Aufnahme in Berufsfachschulen wird regelhaft die Lernausgangslage ermittelt, um eine differenzierte Förderung zu ermöglichen und das Bildungscoaching zu verbessern. Zugangsvoraussetzungen bei Berufsfachschulbildungsgängen mit weiterführenden allgemeinen Berechtigungen sollten ausgebaut werden.
- Grundlage für das Abschlusszertifikat sollten für 50 Prozent des Ergebnisses (teilweise bundesweit) zentralisierte Abschlussprüfungen sein; 50 Prozent ergeben sich aus der kontinuierlichen Leistungsbewertung in Schule und Praxis.<sup>2)</sup>
- Der Erwerb von zusätzlichen Berechtigungen (zum Beispiel des mittleren Bildungsabschlusses) wird durch Kompetenzniveauvorgaben und/oder Wahlbausteine beschrieben.
- Der vorzeitige Abschluss von Bildungsgängen wird ermöglicht.
- Für die neuen Berufsfachschulen mit bestimmten Berufsprofilen werden jeweils federführende und verantwortliche Länder festgelegt.
- Es wird Einvernehmen darüber hergestellt, dass ein federführendes Land den



Blickpunkt Bildung, 1/2004

Rahmenlehrplan entwickelt und den weiteren Ländern Gelegenheit zur Stellungnahme gibt. Auf der Grundlage des daraufhin überarbeiteten Rahmenlehrplans wird eine Endfassung vereinbart.

- Länder, die Berufsfachschulen mit gleichen Berufsprofilen führen, stellen im jährlichen Wechsel für die zentralen Teile der Abschlussprüfungen ihre Materialien allen Ländern zur Verfügung.
- Für bundeseinheitliche Erfolgs- und Verbleibensübersichten wird ein einfaches Erhebungsraster entwickelt. Die Ergebnisse werden jährlich bundesweit zusammengeführt und als eine Grundlage für künftige Weiterentwicklungen veröffentlicht.

1) Vgl. dazu Brand, W.; Hofmeister, W.; Trumm, T.: Auf dem Weg zu einem Kompetenzstufenmodell für die berufliche Bildung - Erfahrungen aus dem Projekt ULME. In: bwptiP – Berufs- und Wirtschaftspädagogik online, Heft 8/2005. [www.bwpat.de/ausgabe8/brand\\_etal-bwpat8.pdf](http://www.bwpat.de/ausgabe8/brand_etal-bwpat8.pdf)

2) Weiß, M.: Wettbewerb, Dezentralisierung und Standards, Trends in Bildung internationale (TiBi) Nr. 8, Oktober 2004, S. 2 und 5, weist darauf hin, dass größere Freiräume für die Ressourcenverwendung in den Schulen nur mit zentralen Prüfungen zu wesentlichen Verbesserungen in den Kompetenzbereichen führen, größere Handlungsfreiheit ohne diese Bedingung hingegen eine umgekehrte Wirkung erzielen könnte.

3) Vgl. dazu Feller, G.: Stellenwert der Berufsfachschulen im neuem [Berufsbildungs] Gesetz. Initiale für eine Reform des Bildungssystems? In: BWP 34 (2005) 2, S 17-22

4) Empfehlungen der KMK zur Umsetzung des Berufsbildungsgesetzes (Beschluss der KMK vom 2.6.2005)

5) Vgl. dazu Rothe, G.: Alternanz – das EU-Konzept für Berufsbildung Teil 4: Aktuelle Anforderungen an die Ausbildung. In: Die berufsbildende Schule, Heft 6/2004

6) Eine strukturelle Orientierung für eine solche Vereinbarung könnte das Gemeinsame Ergebnisprotokoll zum Verfahren bei der Abstimmung von Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen ... vom 30.5.1972 bieten. In: Sammlung der Beschlüsse der KMK, Nr. 320

Bei diesen Ansätzen sollten zugleich die sich mit dem neuen Berufsbildungsgesetz (BBiG) vom 1. April 2005 eröffnenden Handlungsoptionen einbezogen werden (vgl. G. Feller<sup>3)</sup>. Auch die KMK weist – allerdings ohne

Konkretisierung – in ihren

Empfehlungen zur Umsetzung des Berufsbildungsreformgesetzes vom 2. Juni 2005 darauf hin, dass eine Weiterentwicklung der beruflichen Vollzeitschulen auf der Grundlage des BBiG vorgenommen werden soll.<sup>4)</sup> In Richtung auf eine stärkere Nutzung der voll qualifizierenden Ausbildung in geeignet ausgebauten BFS – u. a. in im dualen System anerkannten Berufen – weisen auch die Ergebnisse der erfolgreichen Berufsbildungsprozesse in BFS in der Schweiz und in Österreich, die auf dem Grundsatz der Alternanz aufbauen.<sup>5)</sup>

Um die Akzeptanz der neuen Berufsfachschulkonzeption im Beschäftigungssystem umfassender und schneller zu erreichen, sollte in einem zweiten Arbeitsschritt auf der Grundlage eines von der KMK zu erstellenden Eckwertekonzeptes ergänzend erwogen werden:

- mit dem Bund unter Wahrung der verfassungsrechtlichen Verantwortung eine »Länder-Bund-Kooperationsvereinbarung BFS« zur Abstimmung von Strukturen und Inhalten der neuen BFS abzuschließen.<sup>6)</sup>
- den Spitzenorganisationen der Sozialpartner die Beteiligung an der Festlegung der Rahmenlehrpläne (z. B. in Form der Anhörung wie für den Berufsschulunterricht an zentralen Orten) und die Prüfungsbeteiligung vor Ort, analog zur Rolle der Berufsschullehrer im Prüfungswesen, auf der Grundlage des BNBIG anzubieten.

CARL-HEINZ DOOSE

*Gekürzte Fassung des Aufsatzes von C.-H. Doose: Berufsfachschulen weiterentwickeln, in: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 5/2005, (BIBB), S. 34 ff.*

## Unterschiedliche Erfahrungen

# Berufsfachschule Plus – ein Versuch in fünf Schulen

**BFS-Schüler, die neben einer begründeten Bewerbung einen besonderen Notendurchschnitt im Hauptschulabschluss nachweisen mussten und durch beteiligte Betriebe und die Schulen ausgewählt wurden, wurden in fünf Fachrichtungen in gesonderten Klassen zusammengefasst.**

In manchen Schulen gab es keine ausreichende Bewerberzahl, so dass die Schulen Schüler mit dem notwendigen Notendurchschnitt benannt haben. In enger Zusammenarbeit mit Betrieben sollen diese Schüler auf die Ausbildung im Berufsfeld durch drei vierwöchige Praktika und den Unterricht vorbereitet werden. Der Start der BFS-plus verlief in allen fünf beteiligten Schulen sehr unterschiedlich. Einige Beispiele werden im folgenden geschildert, wobei die Gestaltung in der H 15 der Zielsetzung der BFS plus weitgehend entspricht, in den anderen Schulen ist dies aus mehreren Gründen nur teilweise so.

An der H 15 ist im Rahmen des Versuchs BFS-Plus eine Handelsschulklasse mit Schülerinnen und Schülern eingerichtet worden, welche auf Grund ihrer Leistungsfähigkeit und Motivation für das Projekt geeignet erschienen.

Alle Schülerinnen und Schüler dieser Klasse haben im Verlauf der ersten Schulwochen Vorstellungsgespräche in den Personalabteilungen der beteiligten Partnerunternehmen absolviert und kamen mit spürbar gesteigerter Motivation zurück. Die Kooperation sorgt hier offenbar von Anfang an für einen gesteigerten Ernstcharakter der schulischen Ausbildung. Die schulische Vor- und Nachbereitung der Gespräche bietet wertvolle Anlässe für eine Erfassung der erforderlichen Kompetenzen und das Erlangen einer realistischen Selbsteinschätzung. Am Ende dieser Eingangsphase steht eine verbindliche Selbstverpflichtung der Schülerinnen und Schüler zur Teilnahme an diesem Projekt.

Die Zusammenarbeit mit den Vertretern der beteiligten Firmen (Darboven, Hapag-

Lloyd, Metro, Otto) kann als besonders partnerschaftlich und hilfreich bezeichnet werden. In einem sehr offenen Austausch ist es möglich, sinnvolle und zielführende Absprachen zu treffen. Die Rückmeldung der Betriebe über ihre Wahrnehmung der Stärken und Schwächen der Schülerinnen und Schüler ist ausgesprochen interessant und lässt sich produktiv in schulisches Handeln umsetzen. Gleichzeitig ist es sicherlich von Vorteil, dass hier auf betrieblicher Seite auch positive Erfahrungen mit der Klientel Handelsschüler gemacht werden. Des Weiteren hat sich bereits mehrfach gezeigt, dass auf allen Seiten eine er-

freulich große Flexibilität vorhanden ist, wenn es darum geht, Planungsprobleme zu lösen.

Als nächstes steht die Organisation der Betriebspraktika an. Die Schülerinnen und Schüler werden sich zunächst um die einzelnen Praktikumsplätze bewerben. Insgesamt sollen im Verlauf der zweijährigen Ausbildung drei Blocks à vier Wochen Betriebspraktikum stattfinden. Als Fernziel soll erreicht werden, dass möglichst viele Schülerinnen und Schüler am Ende der Schulzeit in ein Ausbildungsverhältnis übernommen werden können.

REINHARD DAMM / REINHARD KOBER

## Erfahrungsdaten zu vier weiteren Schulen (Stand: September 2005) \*

### G 16

Es wurde unter der Zielsetzung eine Klasse gebildet, die jedoch zur Zeit nicht mit dem Zusatz »plus« läuft.

### W 2

Für diesen Bereich gibt es bisher keine Kooperationsbetriebe. 21 Schüler haben sich für die Teilnahme beworben, die Klasse besteht zur Zeit aus 28 Schülern. Auswahlgespräche haben nicht stattgefunden. Die Schule versucht gemeinsam mit den Schülern Plätze für das Praktikum zu finden. Geplant sind zwei Wochen im Februar, anschließend ein Tag pro Woche. Ca. ein Drittel der Schüler möchte im Krankenhaus arbeiten, um einen Übergang in die Ausbildung im Bereich Krankenpflege zu sichern. Ein Portfolio wird entwickelt.

### H 3

Nur neun Bewerbungen, nach den Hauptschulnoten wurden 27 Schüler in die Klasse aufgenommen. Es herrscht eine angenehme Arbeitsatmosphäre. Eltern kannten das Modell zum Teil schon aus der Hauptschule und haben den Praxistag als große Belastung und Reduzierung der Lernmöglichkeiten im Unterricht empfunden. Zum

Ausgleich wird die H 3 mehr Stunden während der Schulzeiten anbieten. Nach dem Probehalbjahr sind 3 x 4 Wochen Praktikumszeiten geplant. Gemeinsam mit der H 15 hat eine gute Präsentation der kooperierenden Unternehmen stattgefunden. Offen sind noch die Inhalte des Praktikums.

### G 3

Es gab nur wenig Bewerbungen, dadurch wurde die Auswahl durch die Schule unter Berücksichtigung der Motivation und des Notendurchschnitts vollzogen, Bewerbungsgespräche in den Betrieben haben nicht stattgefunden, weil keine Kooperationsbetriebe benannt wurden und die Schule erst jetzt Betriebe eigenständig sucht. Die 29 Schüler der Klasse sind sehr engagiert, suchen auch selbst nach Plätzen. Das Praktikum soll ab Februar in 3 x 4 Wochen Blöcken stattfinden. Bis dahin finden innerhalb der Schule viele an der betrieblichen Realität orientierte Projekte statt.

\* Angaben zur H 15: siehe den Text im oben stehenden Artikel

Zusammenstellung: ANKE POLENZ

**G 3**

# Wettbewerb »Hamburger Smutjes«

Schülerinnen und Schüler der Berufsfachschule Ernährung und Hauswirtschaft (EuH) erwerben oder erweitern in den Lernfeldern des Faches »Lebensmittelverarbeitung und Ernährung« vielerlei Kompetenzen, und sie verfügen am Ende der Berufsfachschulzeit über Kenntnisse und Fertigkeiten, die mehr als nur eine gute Grundlage für eine Ausbildung als Köchin oder Koch sind. Während es aber für Auszubildende im dualen System vielerlei Wettbewerbe gibt, hatten Schülerinnen und Schüler lange Zeit keine Möglichkeit, im Wettstreit miteinander ihr Bestes zu geben und ihre Leistungsfähigkeit zu beweisen.

Damit auch sie diese Chance bekamen, wurde an der Gewerbeschule 3 vor sechs Jahren der Wettbewerb »Hamburger Smutjes« ins Leben gerufen.

Eine Aufgabe, der sich jährlich im März Schülerinnen und Schüler stellen, besteht in der Bearbeitung von Fragen zu Warenkunde, Arbeitstechniken, Garverfahren, Hygienevorschriften. Der andere entscheidende Teil ist das praktische Kochen: Nach vorgegebenen Rezepten sind zwei Gänge für ein Menü zu kochen.

Was die »Hamburger Smutjes« von anderen Wettbewerben unterscheidet, ist zum einen, dass nicht einzelne Schülerinnen und Schüler antreten: Nur zu zweit kann man teilnehmen – Teamfähigkeit ist gefragt und wird auch bewertet. Zum anderen treten hier auch nicht nur Schülerinnen einer Schule an, sondern aus allen Schulen, die eine BFS EuH haben, werden TeilnehmerInnen eingeladen. Entsprechend setzt sich die Jury, welche die Arbeitsweise der Teams in den Küchen genau beobachtet, auch aus Lehrkräften aller beteiligten Schulen zusammen. Der Juryvorsitzende (mit entscheidender Stimme) ist jedoch immer ein Fachmann aus der Praxis – und oft hat in den vergangenen Jahren Küchenmeister Holger Karkotz diese Aufgabe übernommen.

Alle Teilnehmer der Endrunde – die, nachdem sie sich in ihren Schulen qualifiziert haben, zum entscheidenden Kochen



in die G 3 kommen – erhalten einen Preis, was nicht ohne Sponsoring möglich wäre. Zwei nur seien hier genannt, weil sie jedes Jahr den Wettbewerb unterstützt haben: Die Firma Unilever Bestfoods und der Schulverein »Brekelbaumspark«.

Die Hamburger Smutjes sind in den vergangenen Jahren, und das ist erfreulich, nie ein Wettbewerb der Schulen gewesen,

sondern einer der Schülerinnen und Schüler. Gäste, die zur »Verkostung« der von den Teilnehmern gekochten Speisen in die Gewerbeschule 3 gekommen sind, konnten sich davon überzeugen, dass in den Hamburger Berufsfachschulen praxisnah und erfolgreich für das Berufsfeld Gastronomie / Ernährung gearbeitet wird.

HEINZ PETER MENZ, G 3



DIE WELT vom 30.5.2004

W 4

# Kompetenzorientiertes Coaching für Schüler der FS Gesundheit

Man sollte meinen, dass die Schülerinnen der BFS Gesundheit wissen, was sie wollen – nämlich einen Beruf im Gesundheitswesen. Aber schon bei den die Einschulung begleitenden Gesprächen wird immer wieder schnell deutlich, wie wenig Zielorientierung und Informationen über berufliche Möglichkeiten die Schülerinnen mitbringen. Wie kommt das? Schließlich haben fast alle Schülerinnen diverse Berufsorientierungsangebote, Bewerbungstrainings, Zielorientierungseinheiten und BIZ-Besuche hinter sich. Was viele Hauptschulen und Gesamtschulen auf diesem Gebiet leisten, ist beachtlich und wird permanent ausgebaut.

Warum erreichen diese Angebote Schülerinnen wie Bianca und Merem nicht? Man kann nur Vermutungen anstellen: Eine Erklärung wäre, dass die Angebote der Hauptschule auf eine Lebensphase treffen, in der die Schüler noch nicht »Aug in Aug mit dem Ernst des Lebens« stehen. Sie befinden sich im Schonraum Schule und die erfolglosen Bewerbungsbemühungen stehen ihnen noch bevor.

Zudem nehmen die Schülerinnen und Schüler sich in der Regel noch nicht un-



bedingt als Individuen mit einem individuellen Lebensweg und eigenen Lebensaufgaben wahr, sondern verschanzen sich in ihrer Peer-group. Konfrontiert mit der desolaten Ausbildungsplatzsituation, dämmert es einigen dann allerdings bald, dass es IHR Problem ist, das es zu lösen gilt.

Insofern wäre ein Beratungsangebot sinnvoll, das die Schüler dann erreicht, wenn sie einen subjektiv empfundenen Bedarf an Beratung haben.

Das ist bei unseren Schülern der Berufsfachschule Gesundheit der Fall, denn die BFS Gesundheit stellt eine Schnittstelle zwischen Schule und Beruf dar. Die BFS ist für viele Schülerinnen die letzte Chance, ihre Ausgangssituation für die Bewerbung um einen Ausbildungsplatz zu verbessern.

Aus unserer Sicht wäre es wünschenswert, dass die Schülerinnen in den zwei Jahren BFS tatsächlich ihre Chance ergreifen. Allerdings fehlt es vielen Schülern an einer konkreten, realistischen Perspektive und damit auch an Motivation.

Aus diesen Gründen halten wir es für sehr wichtig, die Themen Zukunftsplanung, Kompetenzanalyse und -dokumentation, Berufsorientierung, Berufsfindung, sich erfolgreich bewerben etc. sehr viel stärker als bisher in den Vordergrund

zu rücken. Das soll aufgrund der oft eher hinderlichen Gruppendynamik (»wir schauen lieber nicht so genau hin, stekken gemeinsam den Kopf in den Sand und haben wenigstens unseren Spaß.«) nicht im Klassenverband geschehen, sondern in einer Situation, in der sich die Schülerinnen als Individuen angesprochen und in die Pflicht genommen fühlen.

Daraus ergab sich das Setting des Coaching-Angebotes, zu dem sich die Schülerinnen und Schüler unbürokratisch und kurzfristig anmelden können. Die Gespräche dauern zwischen 45 und 60 Minuten und können je nach Bedarf der Schüler sowohl einmalig als auch prozessbegleitend stattfinden. Was die Schüler investieren müssen ist Freizeit, die nach 6 Stunden Unterricht durchaus kostbar ist. Je nach Anliegen werden Kompetenzprofile erstellt, Informationen gesucht und ausgewertet, Bewerbungsunterlagen erstellt oder optimiert und vor allem in einer schriftlichen Vereinbarung konkrete Ziele und die nächsten kleinen Schritte vereinbart. Auf Wunsch werden auch Eltern mit einbezogen. Die Beratung steht den Schülern während ihrer ganzen zweijährigen BFS-Zeit zur Verfügung.

Wenn sich durch das Coaching der Ne-

bel im Kopf der Schüler lichtet, entwickeln sie aufgrund der klareren Zielorientierung oft eine größere Motivation, in der Schule durchzustarten. Konkrete Informationen tragen dazu bei, dass Schülerinnen, statt weiter diffusen Träumen nachzuhängen, anfangen, sich mit der Realität zu befassen.

Besonders bei der häufig geleisteten Unterstützung in Bewerbungsprozessen spielt das Herausarbeiten und Formulieren ihrer Kompetenzen eine zentrale Rolle. Gerade die Frage: »Und woran zeigt sich, dass Sie das und das gut können?« ist eine Schlüsselfrage, denn Schüler sollen ihre Kompetenzen auch in einem Bewerbungsgespräch überzeugend rüberbringen können.

Es zeigte sich, dass das Angebot gut genutzt wird. Ca. 48 Prozent der Unterstufen- und 30 Prozent der Oberstufenschüler nutzten im letzten Schuljahr das

Angebot, in der Regel die Einzelgespräche. Auch Kolleginnen und Kollegen nutzen das Angebot und empfehlen Schülerinnen und Schülern das Coaching. Eine Evaluation am Ende des Schuljahres zeigte, dass das Angebot auch in der Wahrnehmung der Schüler positiv dasteht.

Wie geht es jetzt weiter? Abgesehen von organisatorischen Kleinigkeiten steht vor allem kompetenzorientierte Kleingruppenarbeit (Portfolioerstellung, Beschreibung und Dokumentation formeller und informeller Leistungen, Biographiearbeit,...) auf dem Plan. Die sehr sprach- und kopforientierte Reflexionsarbeit über die eigenen Kompetenzen ist gerade bei schwachen Schülern wie den unseren eine große Herausforderung, und hierfür geeignete Methoden zu finden wird eine der Hauptaufgaben des kommenden Schuljahres sein.

Aufgrund der Erfahrungen des letzten Jahres und auch bei der Planung der Portfolioarbeit für Kleingruppen wird deutlich, dass keine Maßnahme für sich alleine genommen genug Durchschlagskraft und Nachhaltigkeit erzielen kann. Es sind zahlreiche andere strukturelle Veränderungen notwendig, um die Situation für die Schülerinnen tatsächlich zu verbessern. Eine Veränderung im Selbstverständnis der Pädagogen (vom Stoffvermittler zum Lernprozessbegleiter) und die Frage der Eigenverantwortlichkeit der Schüler werden hierbei sicher zentrale Themen sein.

Individuelles Coaching zielt auf Übernahme von Eigenverantwortung durch Zielorientierung. Daher ist es ein sinnvoller Schritt in die richtige Richtung. Es wäre wünschenswert, wenn weitere Maßnahmen in diese Richtung erfolgen würden.

MARIA ZEKORN, W 4

### Verweis auf andere Projektgruppen

# Es haben elf Projektgruppen gearbeitet

## Weitere Informationsmöglichkeiten

Auf den vorhergehenden Seiten dieses *ihbs*-Schwerpunktes werden wichtige Ergebnisse der »Teilprojektgruppe 3« beleuchtet. An dieser Stelle wird nochmals darauf hingewiesen, dass insgesamt insbesondere elf Teilprojektgruppen im Rahmen des Reformprozesses gearbeitet haben, nämlich die Gruppen:

- Qualitätsmanagement in der Schule
- Duale Berufsausbildung
- Überarbeitung der auf dem Hauptschulabschluss aufbauenden teilqualifizierenden Berufsfachschulen (BFS tq)
- Weiterentwicklung des Angebots vollqualifizierender Berufsfachschulen (BFS vq)
- Aufbau des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung (HIBB)
- Organisationsentwicklung selbstverantworteter Schulen
- Steuerung über Ziel- und Leistungsvereinbarungen

- Gebäudemanagement
- IuK-Struktur für Berufliche Schulen inklusive HIBB (Hamburger Institut für Berufliche Bildung)
- Ressourcen – Sachmittelbudget
- Ressourcen – Personal.

Die erste große Arbeitsphase in den verschiedenen Teilprojektgruppen ist nun abgeschlossen. Inzwischen arbeitet eine weitere Projektgruppe daran, Strategien zur konkreten Umsetzung zu erarbeiten.

Die *ihbs* haben darüber berichtet, dass die Leiter des Projekts Reform der Beruflichen Schulen in Hamburg (ProReBeS) – Thomas Schröder-Kamprad und Jochem Kästner – alle Kolleginnen und Kollegen in den Beruflichen Schulen über die Reformprozesse zum Beispiel auf der Grundlage von sechs »Info-Briefen« informiert haben. Sie können dazu beispielsweise nachlesen unter:



[www.wibes.de](http://www.wibes.de) und [www.hamburger-bildungserver.de/index.phtml](http://www.hamburger-bildungserver.de/index.phtml)  
Konstruktive Kritik richten Sie bitte zum Beispiel per E-Mail an:  
[prorebes@hh-edu.net](mailto:prorebes@hh-edu.net)

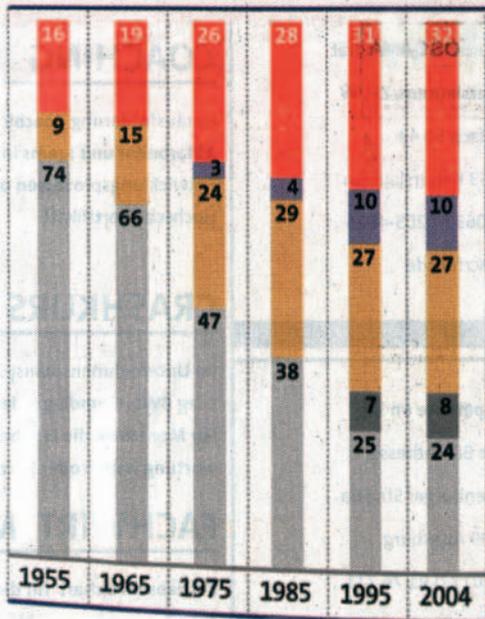
Vgl. dazu: »Informationen für Hamburger Berufliche Schulen« (*ihbs*), 1/2005, S. 6 ff. sowie 2/2005, S. 17 ff. und S. 21 ff.; vgl. auch »Hamburg macht Schule« (*HmS*), 4/2005, S. 34

MSZ

### 1 Bildung in der Flaute

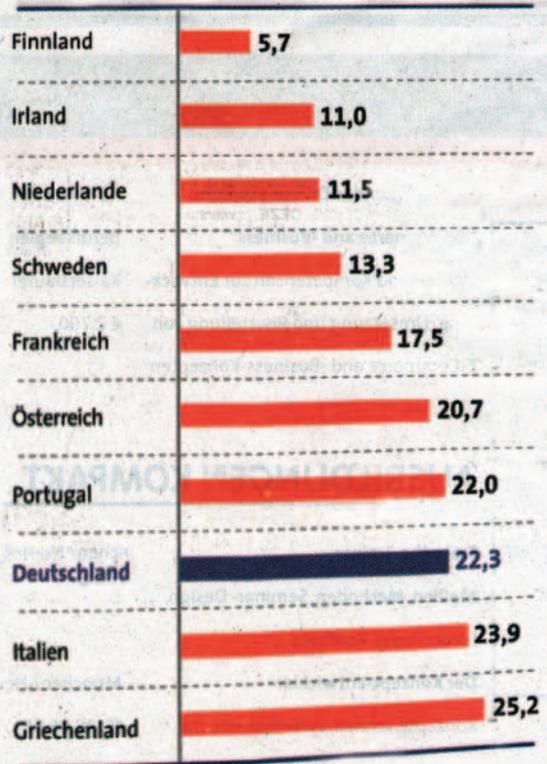
Schüler im 8. Schuljahr nach Schularten (Deutschland, in Prozent)

■ Gymnasium  
■ integr. Gesamtschule, einschl. fr. Waldorfschulen  
■ Realschule  
■ integrierte Haupt- und Realschulklassen  
■ Hauptschule  
 (ab 1991 einschließlich neuer Länder)



### 2 Kampf der Bildungsarmut

Lesekompetenz von Schülern ausgewählter EU-Länder bei Pisa 2003 – der Anteil unterhalb der Kompetenzstufe II (in Prozent)



### 3 Mit Bildung gegen Arbeitslosigkeit

Arbeitslosenquoten nach der Höhe der beruflichen Qualifikation, 2004 (Deutschland, in Prozent)



1 Die Bildungsexpansion ist seit einem Jahrzehnt zu Ende. Die Verteilung der Schüler auf die verschiedenen Schulformen blieb seit 1995 nahezu unverändert. So liegt der Anteil der Gymnasiasten unter allen Achtklässlern noch immer bei einem Drittel.

2 Die Bildungsarmut ist aramierend: Rund 22 Prozent der deutschen Schüler kamen im PISA-Test beim Lesen nicht über die unterste Kompetenzstufe hinaus. Fast die Hälfte von ihnen sind funktionale Analphabeten.

3 Kompetenzarme Jugendliche haben kaum Chancen auf eine Lehrstelle. Die wiederum bestimmt den Erfolg am Arbeitsmarkt: Im Westen liegt die Arbeitslosenquote ohne fertige Ausbildung bei 22, im Osten bei über 50 Prozent. Der Anteil arbeitsloser Akademiker beträgt im Westen vier, im Osten sechs Prozent.

Quelle: DIE ZEIT vom 5. Januar 2006

## Zitat

**»Jeder Mensch kann irren,  
aber Dummköpfe  
verharren im Irrtum«**

Marcus Tullius Cicero, 43 v. Chr.,  
römischer Redner und Schriftsteller